



Israel und die besetzten Gebiete

Strasse nach Nirgendwo

Ausgewählte amnesty Berichte zu Israel und den besetzten Gebieten

(AI-Index Nr. in Klammern).

- Excessive use of lethal force
(MDE 15/041/2000)
- Mass arrests and police brutality
(MDE 15/058/2000)
- State assassinations and other unlawful killings (MDE 15/005/2001)
- Broken lives - a year of intifada
(MDE 15/083/2001)
- The heavy price of Israeli incursions
(MDE 15/042/2002)
- Mass detention in cruel, inhuman and degrading conditions
(MDE 15/074/2002)
- Without distinction - attacks on civilians by Palestinian armed groups
(MDE 02/003/2002)
- Killing the future - children in the line of fire (MDE 02/005/2002)
- Shielded from scrutiny - IDF violations in Jenin and Nablus
(MDE 15/143/2002)
- Israel must end its policy of assassinations
(MDE 15/056/2003)
- The issue of settlements must be addressed according to international law
(MDE 15/085/2003)
- Surviving under siege - the impact of movement restrictions on the right to work
(MDE 15/001/2003)
- The place of the fence/wall in international law (MDE 15/016/2004)
- Under the rubble - house demolition and destruction of land and property
(MDE 15/033/2004)
- Torn apart - families split by discriminatory policies (MDE 15/063/2004)
- Israeli settlers wage campaign of intimidation on Palestinians and internationals alike
(MDE 15/099/2004)
- Conflict, occupation and patriarchy - women carry the burden
(MDE 15/016/2005)
- Briefing to the Committee on the Elimination of Racial Discrimination
(MDE 15/002/2006)

amnesty international (AI) ist eine unabhängige Organisation von Menschen weltweit, die sich für den Schutz und die Achtung der international anerkannten Menschenrechte einsetzen. Sie hat über 1,8 Millionen Mitglieder und Förderer in mehr als 150 Ländern und Gebieten der Welt.

© Amnesty International Publications 2007

Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt und darf gebührenfrei, aber nicht zum Wiederverkauf, mit allen verfügbaren Mitteln für Aktionen und zu Kampagne- oder Unterrichtszwecken vervielfältigt werden. Zur Erfassung der Reichweite dieser Publikation bitten die Urheber um Kenntnissgabe jeder wie oben aufgeführten Verwendung. Für andere als die genannten Zwecke, zur Weiterverwendung in anderen Publikationen, für eine Bearbeitung oder Übersetzung ist die Vervielfältigung - eventuell gegen eine Gebühr - nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung möglich, die bei den Herausgebern einzuholen ist.

Der englische Text dieses Berichts findet sich zum Download unter:
www.amnesty.org

Für die deutsche Version siehe Website der Kogruppe Israel/Besetzte Gebiete/Palästinensische Autonomiegebiete unter: www.amnesty21publish.de/koeln-gruppe2415

AI-Index: MDE 15/093/2006

Sprache der Originalausgabe: Englisch

Übersetzung:

Sabine Isbanner, Kogruppe Israel/OT/PA, Köln
Helmut Frische, ai-Gruppe 1567, Lemgo-Bad Salzuflen
Verbindlich ist das englische Original.

Titelfoto: Palästinensische Schülerinnen an einem israelischen Checkpoint auf ihrem Schulweg in Hebron, 23. November 2005 © Nasser Shiyoukhi/AP/EMPICS

Foto Cover hinten: Von israelischen Bulldozern entwurzelte palästinensische Bäume, November 2006 © amnesty international



ISRAEL UND DIE BESETZTEN GEBIETE: STRASSE NACH NIRGENDWO

Inhalt

1.	Einführung	1
2.	Die Gewaltspirale: Zivilisten tragen die Last	6
3.	„Sommerregen“ und „Herbstwolken“: Kein sicherer Ort in Gaza	7
4.	Humanitäre Krise in Gaza	13
5.	Ohne Unterschied: Palästinensische Angriffe auf israelische Zivilisten	15
6.	Landnahme: Israelische Siedlungen in der Westbank	18
7.	Gaza: illusionärer ‘Rückzug’	21
8.	Vor Ort Fakten schaffen: der Zaun/die Mauer	22
9.	Unter Besatzung: soziale und wirtschaftliche Rechte vorenthalten	25
10.	Unter den Trümmern: Zerstörung von Wohn- und Grundbesitz	28
11.	Straflosigkeit: Gerechtigkeit verweigert	31
12.	Israels Inhaftierung von Palästinensern	35
13.	Zunehmende Gesetz- und Straflosigkeit in den Gebieten unter Verwaltung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA)	36
14.	Auseinandergerissen: Zusammenführung von Familien verhindert	38
15.	Frauen und Konflikt	40
16.	Schlussfolgerungen und Empfehlungen	42

Herausgeber:
Amnesty International
International Secretariat
Peter Benenson House
1 Easton Street
London WC1X 0DW
United Kingdom
www.amnesty.org

AI-Index: MDE 15/093/2006



Die Wohnung der Familie Athamna in Beit Hanoun im Gazastreifen wurde am 8. November 2006 durch israelische Artilleriegranaten zerstört wurde. 18 Mitglieder der Familie kamen bei dem Angriff ums Leben.

Israel und die besetzten Gebiete: Straße nach Nirgendwo

1. Einführung

Sechs Jahre nach Ausbruch der letzten Intifada und dem effektiven Kollaps der israelisch-palästinensischen Friedensverhandlungen hat sich die Lage der Menschenrechte in den besetzten Gebieten - dem Gazastreifen und der Westbank, einschließlich Ostjerusalem - auf ein bislang unbekanntes Maß verschärft. Die Aussichten auf eine gerechte und dauerhafte Lösung des Konfliktes scheinen in weite Ferne gerückt.

Unterschwellige Gewalt, die Verletzung fundamentaler Menschenrechte und die Missachtung internationalen Rechts, die die 40-jährige militärische Belagerung der Westbank und des Gazastreifens durch Israel kennzeichnen, konnten sich tief verfestigen und werden unnachgiebig fortgeführt. Zivilisten auf beiden Seiten - in Israel und den besetzten Gebieten - tragen die Last der Konfrontationen.

In den vergangenen sechs Jahren führte die israelische Luftwaffe überall in den besetzten Gebieten zahlreiche, unverhältnismäßige und rücksichtslose Bombardierungen durch. Israelische Truppen feuerten mit Gewehren und Granaten in und auf dichtbesiedelte Wohngebiete und Flüchtlingslager. Mehr als 4.000 Palästinenser, darunter rund 800 Kinder, starben, die meisten davon waren unbewaffnete Zivilisten. Bei Schusswechseln und Selbstmordattentaten in zivilen Gebieten und bei wahllos ausgeführten Raketenangriffen militanter palästinensischer Gruppen starben im gleichen Zeitraum über 1.100 Israelis, einschließlich 120 Kinder, 700 davon Zivilisten. Zehntausende Palästinenser und tausende Israelis trugen Verletzungen davon. Viele sind für den Rest ihres Lebens verstümmelt.

Zusätzlich zu den Todesopfern auf beiden Seiten hatten die Palästinenser in den besetzten Gebieten eine Fülle weiterer Menschenrechtsverletzungen zu tragen. Israelische Truppen rissen tausende palästinensische Wohnhäuser ab. Weite Areale kultivierter Ackerflächen und ein großer Teil der lebensnotwendigen, zivilen Infrastruktur wie Elektrizitätswerke, Straßen, Brücken sowie Wasser-, Abwasser- und Telefonnetze wurden zerstört.

Immer weiter ausufernde Einschränkungen des palästinensischen Personen- und Güterverkehrs - innerhalb der besetzten Gebiete, wie auch hinein oder hinaus - machten jede halbwegs normale Lebensführung unmöglich.

Hunderte militärische Kontrollpunkte, Sperrungen und der Zaun/die Mauer, den/die Israel durch die Westbank zieht, obwohl dies seitens des Internationalen Gerichtshofs für gesetzeswidrig erklärt wurde, behindern und unterbinden verstärkt den Zugang von Palästinensern zu ihrem Grund und Boden, ihren Arbeitsplätzen, ihren Schulen und Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen. Der Verlauf des Zauns/der Mauer und die Position militärischer Kontrollpunkte und Sperrzonen - die alle die Bewegungsfreiheit der Palästinenser einschränken - ergeben sich aus der Existenz und der Lage der israelischen Siedlungen. Über die ganze Westbank verteilt sind diese Siedlungen auf beschlagnahmtem, palästinensischem Land und zum alleinigen Nutzen israelischer Siedler gebaut worden und gelten nach internationalem Recht als illegal. Im Gazastreifen - dem einzigen Gebiet aus dem die Siedler abgezogen wurden - sorgt die von Israel verhängte Schließung der Grenzen dafür, dass seine 1,4 Millionen Einwohner die meiste Zeit von den anderen Teilen der besetzten Gebiete und dem Rest der Welt abgeschnitten und isoliert sind.¹

1 Israel and the Occupied Territories: Amnesty international calls for international action to prevent human rights deterioration in the West Bank and Gaza Strip, (amnesty international fordert internationale Maßnahmen, um die Verschärfung der Lage der Menschenrechte in der Westbank und im Gazastreifen abzuwenden) (MDE 15/035/2006)

Diese Maßnahmen und Beschränkungen, in denen nach Feststellung der internationalen Gemeinschaft der Hauptgrund für den virtuellen Kollaps der palästinensischen Wirtschaft in den letzten Jahren liegt, wurden 2006 durch den Beschluss der israelischen Regierung ergänzt, die Zollgebühren, die sie im Namen der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) erhebt, einzubehalten.

INTERNATIONALE REAKTION UND INTERNATIONALES RECHT

Der UN-Sicherheitsrat hat den Staat Israel wiederholt aufgefordert, sich - wie im Zuge der Friedensverhandlungen mit seinen Nachbarstaaten vereinbart - aus den besetzten Gebieten auf die Grenzen von 1967 zurückzuziehen, den Aufbau von Siedlungen in diesen Gebieten einzustellen und vorhandene Siedlungen zu entfernen. Anhand der Regeln zum Schutz von Zivilisten in Zeiten des Krieges, die auch im Besatzungsfall gelten, gelten die Westbank und der Gazastreifen als Territorien, die unter die Vierte Genfer Konvention von 1949 fallen. Diese Position wird durch zahlreiche Resolutionen des UN-Sicherheitsrats und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (ICRC) gestützt.

Die israelische Regierung besteht indes darauf, dass die Vierte Genfer Konvention hier rechtlich nicht anwendbar sei. Andererseits bestätigt sie, dass Israel gewisse "humanitäre Klauseln" der Konvention in der Praxis anerkenne - gab allerdings nie einen Hinweis dazu ab, welche Artikel der Konvention sie konkret als "humanitär" betrachtet.

Die Vierte Genfer Konvention legt die Regeln fest, die eine Besatzungsmacht im Umgang mit den Bewohnern besetzter Gebiete, hier als "geschützte Personen" bezeichnet, zu berücksichtigen hat. Unter anderem verbietet sie die absichtliche Tötung, Misshandlung oder Deportation geschützter Personen durch die Besatzungsmacht. Sie verbietet auch die Ansiedlung eigener Zivilbevölkerung in den besetzten Territorien und die Anwendung von Vergeltungsmaßnahmen oder Kollektivstrafen.



© David Guttenfelder/AP/EMPICS

Die Entscheidung der Internationalen Gemeinschaft, ihre Finanzhilfen an die PA wegen der Bildung einer Hamas-geführten Regierung im März 2006 zu stoppen, tat ein weiteres dazu. Die vorhergesagten Folgen sind eine massive Steigerung der Armut und Arbeitslosigkeit, wachsende Gesundheitsprobleme der palästinensischen Bevölkerung. Allgemein hat Menschenrechtslage einen bislang unbekanntem Tiefpunkt erreicht. Elend und Verzweiflung mit Blick auf die vorhersehbare Zukunft fördern die Gewalt und Radikalisierung einer überwiegend jungen palästinensischen Bevölkerung, deren Hoffnung auf Beschäftigung und ein normales Leben nahe Null liegt.

In Beit Lahia im Gazastreifen laufen Palästinenser davon, um sich bei einer israelischen Invasion aus der Schusslinie zu bringen, 7. Juli 2006

Die internationale Gemeinschaft hat zwar wiederholt ihre Betroffenheit geäußert, doch kaum konkrete Schritte unternommen, die zu einem Ende der Spirale aus Gewalt und Verzweiflung beigetragen hätten. Frühere Friedenspläne und Vereinbarungen maßen grundlegenden Menschenrechten und internationalen Völkerrechten generell nur wenig Bedeutung bei und mussten von daher unweigerlich scheitern. Stattdessen ließen sie klar erkennen, dass die Zurückstellung der Menschenrechte und Gerechtigkeit zugunsten kurzfristiger

politischer Erwägungen kein gangbarer Weg zur Erreichung eines dauerhaften Friedens und stabiler Sicherheit ist und die Lage sogar noch verschärfen kann. Letzten Endes kann nur eine faire Beilegung des Konfliktes, die den Menschenrechten aller Parteien Rechnung trägt, auf Dauer Bestand haben.

Egal, ob der Friedensprozess gerade im Gange ist oder nicht, sowohl die israelische wie die palästinensische Regierung haben die Grundrechte von Zivilisten zu schützen. Diese internationale Rechtsverbindlichkeit wie auch die Pflicht der internationalen Gemeinschaft, zu garantieren, dass beide Seiten diesen Verbindlichkeiten entsprechen, können nicht ruhend gestellt oder von politischen Entwicklungen und Erwägungen abhängig gemacht werden. Sonst sind weitere Fehlschläge und Menschenrechtsverletzungen vorprogrammiert.

DIE ROAD MAP

Unter der Schirmherrschaft des Nahost-Quartetts - bestehend aus den Vereinten Nationen (UN), den USA, der EU und der Russischen Föderation - vereinbarten die israelische und die palästinensische Führung im Jahr 2003 einen Friedensplan, die sogenannte Road Map, der im November 2003 durch den UN-Sicherheitsrat unterzeichnet wurde. Laut dieses Abkommens sind die bewaffneten palästinensischen Gruppen verpflichtet, ihre Angriffe auf Israelis einzustellen, während Israel die Ermordung palästinensischer Führer und Akteure beenden, die Zerstörung von Wohnhäusern stoppen, den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten einfrieren, die nach 2001 errichteten Siedlungen entfernen und die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bevölkerung lockern muss.

Trotz dieser verbindlichen Vereinbarungen führten beide Seiten ihre eklatanten und weitreichenden Menschenrechtsverletzungen, die teilweise als Kriegsverbrechen und/oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu werten sind, in völliger Straflosigkeit fort. Die internationale Gemeinschaft versäumte es, genügend Druck auf beide Parteien auszuüben, damit diese ihren internationalen Rechtspflichten nachkommen, die für schwere Verstöße Verantwortlichen ermitteln und sie strafrechtlich verfolgen. Stattdessen wurden Zivilisten Attacken und Aktionen aufgebürdet, die eine Kollektivstrafe darstellen und die man auch hinter vorgehaltener Hand nur zögerlich und als "Vertrauen untergrabende Handlungen" bezeichnete.

Schon von ihrem Ursprungskonzept her, bot die Road Map kein an den Menschenrechten orientiertes Regelwerk für den Frieden. Sie enthält einen knappen Verweis auf diverse, menschenrechtliche Sicherungsklauseln, doch keinen Mechanismus, um deren Einhaltung zu gewährleisten. Unter gegenseitigen Schuldzuweisungen kamen die damaligen Verhandlungen bald zum Erliegen.

Die Unentschlossenheit, die beide Seiten an den Tag legen, wo es um menschenrechtliche Belange geht, und die mangelnde Pflichttreue bei der Umsetzung schon bestehender Abkommen, haben das Vertrauen zwischen Palästinensern und Israelis zutiefst erschüttert. Die israelische Armee ist ihrer Taktik treu geblieben, militante Palästinenser zum Ziel extralegaler Hinrichtungen zu machen und führt auch weiter illegale Tötungen durch. Anstatt die Außenposten zu räumen, haben die israelischen Behörden den Ausbau von Siedlungen und die Konfiszierung palästinensischen Bodens genehmigt. Unterdessen hat auch die PA keine wirksamen Maßnahmen getroffen, um Selbstmordattentate, Raketenangriffe und andere Attacken auf Israelis durch bewaffnete, palästinensische Gruppen zu unterbinden und diesen vorzubeugen.

Die vergangen sechs Jahre ließen klar erkennen, dass ständige Menschenrechtsverletzungen zu nichts führen. Die internationale Gemeinschaft muss nun dringende Schritte einleiten, die garantieren, dass beide Parteien die Verstöße, die sie begehen, einstellen und ihren internationalen, rechtlichen Verbindlichkeiten entsprechen. Es sind nun Maßnahmen gefordert, die den Angriffen auf Zivilisten durch israelische Truppen wie durch bewaffnete Palästinenser ein sofortiges Ende setzen. Auch muss den langanhaltenden Verstößen gegen internationales Recht begegnet werden, die dem Konflikt zugrunde liegen und die ständige Spannungen und Gewaltbereitschaft schüren. Die internationale Gemeinschaft muss beide Seiten wirksam unter Druck setzen, damit diese entschlossen für einen grundlegenden Wechsel innerhalb jener Systeme und Mechanismen eintreten, die es ermöglichen, dass illegale Tötungen und andere schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen vollkommen ungestraft stattfinden können. Insbesondere müssen die israelische Regierung und die PA:

- ▶ **Unverzüglich handeln, um die schweren und fortlaufenden Verstöße zu beenden.** Sie müssen die Achtung grundlegender Menschenrechte durch alle sich unter ihrer Gerichtsbarkeit befindlichen Personen gewährleisten, insbesondere, indem sie Angriffe auf Zivilisten durch bewaffnete Streitkräfte und bewaffnete Gruppen, die in Israel und den besetzten Gebieten operieren, beenden. Insbesondere sollte Israel die Zerstörung von Wohnhäusern, die Sperrmaßnahmen und andere Kollektivstrafen wie den Bau des Zauns/der Mauer auf dem Gebiet der Westbank sowie den Bau und Ausbau von Siedlungen einstellen. Die Palästinensische Autonomiebehörde muss zudem ihre gewalttätigen, internen Fraktionskämpfe beenden, die zu Lasten der Zivilbevölkerung gehen.
- ▶ **Strafverfolgung von Verstößen gewährleisten.** Beide Seiten müssen konkrete Schritte unternehmen, um die allgegenwärtige Straflosigkeit, die diesen Konflikt kennzeichnet, zu beenden und die Urheber von Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen. Auch die internationale Gemeinschaft muss - unter Wahrnehmung der allgemeinen Gerichtsbarkeit - dafür sorgen, dass die für Kriegsverbrechen und andere Verstöße gegen internationales Recht Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden.
- ▶ **Einsetzung internationaler Menschenrechtsbeauftragter vereinbaren und mit diesen kooperieren.** Die internationale Gemeinschaft muss beide Seiten aktiv in den Menschenrechtsschutz einbinden und sie überzeugen, die Unterstützung der Weltgemeinschaft zu akzeptieren.
- ▶ **Die Menschenrechte im Kern eines jeden Friedensprozesses ansiedeln,** wie dies zur Erreichung eines dauerhaften Friedens und stabiler Sicherheit unabdingbar ist. Schlüsselthemen, der in diesem Kontext anzusprechenden Fragen sind gemäß internationalem Recht: die Entfernung der Siedlungen aus den besetzten Gebieten, der Abriss jener Teilabschnitte des Zauns/der Mauer, die sich auf besetztem Gebiet befinden, das Ende der Sperrungen und - auf lange Sicht - eine faire Lösung der Flüchtlingsfrage.



Der zwölfjährige Fadi al-'Arrouqi, und sein Vater mit einem Spielzeug, das seiner 13-jährigen Schwester Fadwa gehört hatte, die zusammen mit der Mutter der Kinder bei einem israelischen Luftangriff auf al-Maghazi im Gazastreifen am 19. Juli 2006 getötet worden war.

² Im Jahr 2005 töteten die israelischen Streitkräfte rund 190 Palästinenser, darunter 50 Kinder. Im gleichen Zeitraum starben 50 Israelis, darunter sechs Kinder, durch die Angriffe bewaffneter palästinensischer Gruppen.

2. Die Gewaltspirale: Zivilisten tragen die Last

Die massive Zunahme der Gewalthandlungen und Menschenrechtsverletzungen, die das Jahr 2006 kennzeichnete, stellt einen Umkehrtrend dar. Noch im Februar 2005 hatten beide Parteien unter Israels Premierminister Sharon und Palästinenserpräsident Abbas die Einstellung der Angriffe vereinbart. Im Zuge dieses Abkommens verpflichteten sich die Hamas und andere bewaffnete, palästinensische Gruppen zu einem formellen Waffenstillstand (*tahadiyeh* oder "ruhig"), der auch weitestgehend eingehalten wurde. Infolge dessen war die Zahl der Toten auf beiden Seiten im Jahr 2005 erstmals seit Ausbruch der Intifada fünf Jahre zuvor deutlich zurückgegangen.²

Im Jahr 2006 hielt dieser Trend weiter an. Die Zahl palästinensischer Todesopfer bei israelischen Angriffen ist jedoch ganz erheblich gestiegen. Bis Ende November hatte die israelische Armee - vor allem im Gazastreifen - mehr als 600 Palästinenser, darunter rund 100 Kinder getötet. Während der letzten sechs Jahre sind die Zivilisten beider Seiten die Hauptopfer der Auseinandersetzungen gewesen, wobei ein hoher Anteil der Getöteten auf Kinder entfiel - mehr als 800 palästinensische und über 120 israelische Kinder starben. Zehntausende Palästinenser und tausende Israelis wurden zudem bei Angriffen verletzt.

Viele Palästinenser, die durch israelische Streitkräfte in den besetzten Gebieten getötet wurden, hatten sich an bewaffneten Auseinandersetzungen oder Angriffen beteiligt. Die meisten der Opfer waren jedoch unbewaffnete Zivilisten. Der Tod dieser Menschen ist das Ergebnis des willkürlichen und rücksichtslosen Gebrauchs von Schusswaffen durch israelische Soldaten und der Artillerie- und Luftangriffe, die die israelische Armee in dichtbesiedelten Wohngebieten durchführte.

Die israelische Regierung behauptet, dass Israels Soldaten nur dann das Feuer eröffneten, wenn ihr eigenes Leben in Gefahr ist und dass sie in einem solchen Fall auch nur auf die Urheber palästinensischer Aggression reagierten. Diese Behauptung ist von der Wahrheit weit entfernt. Tatsächlich waren die Verhaltensmuster israelischer Soldaten während der letzten sechs Jahre durch den Einsatz rücksichtsloser, unverhältnismäßiger und exzessiver, tödlicher Gewalt geprägt. Zehntausende unbewaffnete, palästinensische Passanten, die durch Gewehr- und Granaten und Luftschläge der israelischen Streitkräfte ums Leben kamen, liefern den Beweis hierfür.

DER BEGINN DER INTIFADA: ZIVILISTEN UNTER BESCHUSS

“An der Kreuzung von Netzarim wurden auch Hubschrauber eingesetzt, um die Feuerquellen zu neutralisieren und die Aufständischen zu zerstreuen”.

Am Morgen des 1. Oktober 2000, Zusammenfassung der Ereignisse vom Vortag, Israelische Armee (IDF)

Am 30. September 2000, dem allerersten Tag der Demonstrationen, die dann später zur Intifada führten, feuerten israelische Truppen an der Kreuzung Netzarim/Shuhada' im Gazastreifen mit scharfer Munition auf Demonstranten, die sich vor einem Bunker aufhielten. Vier Menschen starben, darunter ein 12-jähriges Kind und der Fahrer eines Rettungswagens in Ausübung seiner Pflicht. Über 190 Menschen wurden verletzt, einschließlich zufällig vorübergehender Passanten und Schaulustiger.

Am nächsten Tag setzte die israelische Armee zum Beschuss der Demonstranten Kampfhubschrauber ein. Zwar befanden sich in der Masse demonstrierender Zivilisten oder in deren Nähe auch einige bewaffnete Palästinenser mit AK-47 Sturmgewehren, diese stellten jedoch keine gravierende Gefahr für die israelischen Soldaten dar, die sich in einem hochgradig befestigten Bunker aufhielten. Die Anwesenheit der Bewaffneten rechtfertigte nicht den unverhältnismäßigen Einsatz tödlicher Gewalt gegen Demonstranten.

Exzessive Gewaltanwendungen israelischer Soldaten gegen Palästinenser sind seither zur Regel geworden. Die von der Armee eingesetzten Methoden verstoßen gegen menschenrechtliche Standards, die eine Anwendung von Gewalt nur dort erlauben, wo dies absolut notwendig ist und dann auch nur in einem Maß, dass der Bedrohung angemessen ist.

3. „Sommerregen“ und „Herbstwolken“: Kein sicherer Ort in Gaza

Am 27. Juni 2006 startet die israelische Armee die Operation “Sommerregen”. Zwei Tage zuvor hatten Mitglieder einer militanten palästinensischen Gruppe einen Militärposten in Israel angegriffen, zwei israelische Soldaten getötet und einen dritten, den 19-jährigen Unteroffizier Gilad Shalit, entführt. Unter den Angreifern befanden sich Mitglieder des bewaffneten Flügels der Hamas, der aktuellen Regierungspartei der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA). Als Gegenleistung für Informationen über den Verbleib des Soldaten Shalit verlangten die Entführer die Freilassung palästinensischer Frauen und Kinder aus israelischen Gefängnissen. Obwohl Berichten zufolge die Verhandlungen fortlaufen, befand sich Unteroffizier Shalit Ende November 2006 noch immer in der Hand der Entführer. Der Kontakt zum ICRC (Internationales Komitee vom Roten Kreuz) wurde ihm nicht gestattet.

Geiselnahmen - also die Drohung eine gefangengenommene Person weiter festzuhalten oder ihr Schaden zuzufügen, um eine dritte Partei als Bedingung für deren Freilassung dazu zu bewegen, bestimmte Handlungen auszuführen oder zu unterlassen - sind nach internationalem Recht ausdrücklich verboten.



Ein Haus in der süd israelischen Stadt Sderot, das von einer selbstgebastelten palästinensischen Qassam-Rakete getroffen und beschädigt wurde, die vom Gazastreifen aus abgefeuert worden war, 26. November 2006

3 *Israel/Occupied Territories: Call for international investigation of Gaza strikes (Forderung nach internationaler Untersuchung der Angriffe im Gazastreifen)*
(MDE 15/054/2006)

4 *Israel/Occupied Territories: Israel must halt unlawful killings of Palestinians and stop reckless shelling (Israel muss widerrechtliche Tötungen von Palästinensern und rücksichtslosen Beschuss beenden)*
(MDE 15/049/2006)

Vor der Entführung des Soldaten Shalit war allerdings ein sprunghafter Anstieg der Tötungen von Palästinensern durch israelische Streitkräfte im Gazastreifen zu verzeichnen gewesen. Während der vorangegangenen Monate starben bei Luftangriffen und im israelischen Artillerie- und Panzerfeuer über 100 Palästinenser, darunter etliche unbewaffnete Zivilisten und viele Kinder. Die israelische Armee erklärte, dass diese Angriffe nur stattfänden, um zu verhindern, dass die bewaffneten, palästinensischen Gruppen selbstgebastelte "Qassam"-Raketen auf Israel abfeuern. (Der Begriff "Qassam" leitet sich hierbei aus dem Namen des bewaffneten Flügels der Hamas ab). Die bewaffneten, palästinensischen Gruppen hingegen behaupten, die israelische Armee durch die Raketenangriffe zwingen zu wollen, ihre Luftschläge und andere Angriffe auf Palästinenser einzustellen.

Am 21. Juni 2006 forderte amnesty international zu einer internationalen Untersuchung der massenhaften Tötung palästinensischer Zivilisten durch die israelischen Streitkräfte im Gazastreifen auf.³ Bei einem dieser Vorfälle waren am 9. Juni 2006 sieben Angehörige der Familie Ghalia, darunter fünf Kinder, durch einen israelischen Artillerieangriff ums Leben gekommen, als sie im nördlichen Gazastreifen an einem Strand beim Picknick gesessen hatten.⁴

Die steigende Zahl der Opfer und das Versagen der israelischen Behörden, gründliche, unabhängige und unparteiische Untersuchungen aller Vorwürfe von Verstößen durch ihre Streitkräfte sicherzustellen, bestätigen deutlich die Dringlichkeit einer geeigneten internationalen Untersuchung.

Zwei Monate später, im April 2006, forderte amnesty international die israelische Armee auf, alle Luftangriffe und Artillerieschläge gegen zivile Wohngebiete im Gazastreifen unverzüglich einzustellen, um weitere zivile Todesopfer und Verletzte zu vermeiden. Am 10. April gingen in der Ortschaft Beit Lahia Artilleriegranaten nieder und trafen das Haus, in dem die 7-jährige Hadeel Ghaban lebte. Das Mädchen starb. Ihre Mutter und andere Familienangehörige, darunter auch einige weitere Kinder, erlitten Verletzungen.⁵ Sowohl die Operation "Sommerregen" wie auch die nachfolgende israelische Militäraktion mit dem Titel "Herbstwolken", die im November 2006 stattfand, zeichneten sich durch rücksichtslose Bombardements, Luftangriffe, exzessive Gewaltanwendung, willkürliche Zerstörung des Grund- und Privatbesitzes von Zivilisten und ziviler Infrastruktur sowie durch eine weitreichende Missachtung internationaler Menschen- und Völkerrechte aus.⁶

Bis Ende November 2006 waren im Verlauf der beiden Operationen im Gazastreifen und der dazugehörenden Militäraktionen rund 400 Palästinenser getötet und über 1.500 weitere verletzt worden, darunter viele unbewaffnete Zivilisten. Zu den Getöteten zählten etwa 80 Kinder. Rund 300 Kinder wurden verletzt. Im gleichen Zeitraum starben in Südisrael zwei israelische Zivilisten durch Raketen, die bewaffnete, palästinensische Gruppen vom Gazastreifen aus abgefeuert hatten.

5 Israel/Occupied Territories:
Israel must halt attacks on Gaza residential areas - children killed (Israel muss Angriffe auf Wohngebiete in Gaza stoppen - Kinder getötet) (MDE 15/031/2006)

6 Israel/Occupied Territories:
Civilian population at risk in Gaza (Zivilbevölkerung in Gaza in Gefahr) (MDE 15/065/2006)

7 Israel and the Occupied Territories:
Israel must end its policy of assassinations (Israel muss seine Politik der illegalen Tötungen beenden) (MDE 15/056/2003)

8 Israel/Occupied Territories:
Civilian population at risk in Gaza (Zivilbevölkerung in Gaza in Gefahr) (MDE 15/065/2006)

9 "Muhammad Deif bei IAF-Schlag verletzt", The Jerusalem Post, 11. Juli 2006

EXTRALEGALE HINRICHTUNGEN

Anstatt gesuchte Palästinenser festzunehmen und strafrechtlich zu belangen, verfolgt die israelische Regierung seit geraumer Zeit die Strategie der extralegalen Hinrichtung dieser Personen.⁷ Obwohl bei solchen Übergriffen oft mehr unbeteiligte Zivilisten als bewaffnete Kämpfer ums Leben kommen, stellt die israelische Armee diese Angriffe beschönigend als "gezielte Tötungen" dar.

Am 12. Juli 2006 gegen 2:30 Uhr morgens starben sieben Kinder und ihre Eltern⁸, als ein israelischer F16-Kampfflugzeug das Wohnhaus der Familie bombardierte. Nach Informationen der israelischen Armee befand sich der ranghohe Führer des bewaffneten Flügels der Hamas, Muhammad Deif, zum Zeitpunkt des Angriffs in dem Haus, überlebte die Attacke jedoch.⁹

Nichtsdestoweniger fiel eine ganze Familie dem Luftschlag zum Opfer: der Hauseigentümer Nabil Abu Samiya, einer der politischen Führer der Hamas und Dozent an der Islamischen Universität, seine Ehefrau Salwa und sieben ihrer Kinder - die beiden sieben und zehn Jahre alten Jungen Nasser und Yahia sowie fünf Mädchen im Alter von neun bis siebzehn Jahren: Aya, Eman, Houda, Basma und Soumaya. Zwei verbliebene Söhne überlebten die Attacke, einer davon schwer verletzt. Durch den Luftangriff wurden auch einige weitere Wohnhäuser in der Nachbarschaft beschädigt, was Dutzende zusätzliche Verletzte nach sich zog.



Die Überreste eines Fahrzeugs, das im nördlichen Gazastreifen von einer israelischen Rakete getroffen wurde, 23. November 2006

Mit am schlimmsten betroffen war die Familie Hajjaj. Am Abend des 8. Juli 2006 saßen sieben Familienmitglieder im Hinterhof des Wohnhauses in der Gegend um al-Muntar, östlich von Gaza-Stadt, beim Grillen zusammen. Gegen 20:00 Uhr schlugen zwei israelische Raketen ein. Die 46-jährige Amna Hajjaj, Mutter von 13 Kindern, wurde tödlich getroffen. Auch ihre fünfjährige Tochter Rawan und ihr 23-jähriger Sohn Mohammed kamen ums Leben. Vier weitere Familienmitglieder erlitten schwere Verletzungen. Der 13-jährige Khaled wurde an Kopf und Körper durch umherfliegende Splitter verwundet, und die 11-jährige Rani erlitt schwere Verbrennungen. Das Mädchen trug außerdem einen gebrochenen Arm und ein gebrochenes Bein davon. Der neun Jahre alte Ibrahim hatte ein Knie gebrochen, dazu Verbrennungen an den Beinen sowie Splitterverletzungen. Sein 26 Jahre alter Bruder Sha'aban trug ebenfalls ein gebrochenes Knie sowie Brandwunden an den Beinen und Splitterverletzungen davon. Als amnesty international den Ort besuchte, fragten die schockierten Familienangehörigen immer wieder, warum man gerade ihr Haus bombardiert hatte und welcher mögliche Grund dafür vorliegen könne, das Wohnhaus einer Familie zu attackieren, während diese friedlich beim Grillen zusammensaß?

Später im selben Monat starben die 38-jährige Hanan al-'Arrouqi, Mutter von fünf Kindern, und ihre 13-jährige Tochter Fadwa bei einem israelischen Luftangriff, als sie am Rande des Flüchtlingslagers al-Maghazi, südlich von Gaza-Stadt im Garten ihres Hauses saßen. Der Vorfall ereignete sich spät am Nachmittag am 19. Juli 2006, einem jener Tage, an denen die israelische Armee ihre Militäraktionen im Flüchtlingslager von al-Maghazi durchführte. Von den überlebenden Kindern der Frau erfuhr amnesty international, dass sich in der Nähe des Hauses keine bewaffneten Zusammenstöße oder sonstige Störungen ereignet hatten und dass ihre Mutter und ihre Schwester im Garten unter einem Baum gesessen hatten, als sie getötet wurden.

In den folgenden Monaten führten die israelischen Truppen noch weitere Angriffe auf verschiedene Gebiete des Gazastreifens durch. Am 1. November leitete die israelische Armee in Beit Hanoun im nordöstlichen Gazastreifen die Operation "Herbstwind" ein. Im Verlauf der sechstägigen Militäraktion töteten israelische Soldaten rund 70 Palästinenser, von denen mindestens die Hälfte Zivilisten waren, darunter auch einige Kinder und zwei freiwillige Helfer eines Rettungsdienstes. Über 200 Menschen wurden verletzt, 60 davon Kinder.

Während über die 40.000 Einwohner der Stadt Beit Hanoun eine Ausgangssperre verhängt war und sie größtenteils ohne Wasser und Strom zuhause saßen, zerstörten israelische Panzer und Planiertrauben etliche Wohnhäuser und andere Gebäude. Sie ebneten Obstgärten ein, wühlten Straßen auf und beschädigten Wasser- und Abwassernetze.

Vielfach nahmen israelische Streitkräfte auch Wohnhäuser unter Beschlag. Während sie die Bewohner zwangen, in diesen Häusern zu verweilen, führten sie von dort ihre Angriffe durch. Insofern benutzten israelische Truppen die Einwohner der Stadt faktisch als menschliche Schutzschilde und das, obwohl der Oberste Israelische Gerichtshof den Einsatz palästinensischer Zivilisten für Militäraktionen der israelischen Armee schon im Oktober 2005 für rechtswidrig erklärte, weil israelische Soldaten palästinensische Zivilisten in den Jahren zuvor immer wieder als menschliche Schutzschilde benutzt hatten.

KRIEGSVERBRECHEN

Die absichtliche und willkürliche Zerstörung ziviler Infrastruktur und privaten wie öffentlichen Eigentums im Gazastreifen durch die israelischen Behörden stellen ein Kriegsverbrechen dar. Diese Zerstörungen und die unverhältnismäßigen und willkürlichen Restriktionen, die die israelische Armee gegen den Waren- und Personenverkehr in den Gazastreifen hinein und von dort hinaus verhängt, stellen außerdem eine kollektive Bestrafung der gesamten Bevölkerung dar. Dies verstößt gegen die Vierte Genfer Konvention, die eine Bestrafung von Personen für Verbrechen, die sie nicht begangen haben, untersagt.

SCHULKINDER GETÖTET

Auf dem Weg zum nahegelegenen Kindergarten geriet am 6. November 2006 nördlich von Gaza-Stadt an der Kreuzung zwischen Jabaliya und Beit Lahia ein Minibus voller Kinder unter israelischen Beschuss. Der Vorfall ereignete sich kurz vor 7:00 Uhr im morgendlichen Berufsverkehr, als die Straßen absehbar mit Kindern und Erwachsenen vollgestopft waren, die sich auf dem Weg zur Schule oder Arbeit befanden. Bruchstücke einer Granate, die nur wenige Meter entfernt niedergegangen war, durchschlugen das Fenster des Minibusses und trafen die Lehrerin Najwa Khleif am Kopf, während sie ihre beiden kleinen Kinder auf dem Schoß hielt. Mit Blaulicht und Sirenen wurde sie nach Gaza-Stadt ins Shifa-Hospital gebracht. Die dortigen Ärzte erläuterten amnesty international, dass Najwa Khleif irreparable Hirnschäden davongetragen hatte. Zwei Wochen später erlag sie ihren Verletzungen. Die beiden 16-jährigen Jugendlichen Ramzi al-Sharafi und Mohammad 'Ashour, die sich auf dem Schulweg befanden, kamen bei dem Vorfall ebenfalls ums Leben. Mindestens sieben weitere Menschen wurden verletzt.



Die zweijährige Dima Athamna liegt verletzt im Krankenhaus und ruft nach ihrer Mutter, die zusammen mit 18 weiteren Angehörigen der Familie am 8. November in Beit Hanoun durch israelische Artilleriebombardements getötet wurde.

¹⁰ “Untersuchungsergebnisse zum Vorfall von Beit Hanoun am 8. November 2006”, Website der israelischen Armee, 9. November 2006 und “Eingangsreaktion auf die palästinensischen Vorwürfe zu zivilen Verlusten in Beit Hanoun”, Israelisches Außenministerium, 8. November 2006

¹¹ *Israel/OT: Growing concern for safety of civilian population (Wachsende Sorge um die Sicherheit der Zivilbevölkerung)* (MDE 15/060/2006)

und *Israel and the Occupied Territories: Under the rubble-house destruction and destruction of land and property, (Unter den Trümmern – Häuserzerstörung und Zerstörung von Land und Grundbesitz, (MDE 15/033/2004)*

Frühmorgens am 8. November 2006, nur einen Tag nach dem Abzug der israelischen Streitkräfte aus Beit Hanoun, wurden 18 Mitglieder der Familie Athamna getötet und Dutzende weitere Zivilisten verletzt, als ein Hagel von Artilleriegranaten ihr Wohnhaus in einem dichtbesiedelten Vorort der Stadt traf. Die Opfer, darunter viele kleine Kinder, wurden im Schlaf getötet oder als sie vor der Bombardierung, die etwa eine halbe Stunde lang dauerte, zu fliehen versuchten. Auf dem Gelände ging rund ein Dutzend Geschosse nieder. Die israelische Regierung sprach den Familien der Toten später ihr Beileid aus und erklärte, dass das Haus irrtümlich, aufgrund eines technischen Fehlers getroffen worden sei. Eigentlich habe der Beschuss einem etwas entfernt gelegenen Areal gegolten.¹⁰ Den Vorschlag einer Untersuchung auf internationaler Ebene jedoch lehnten die israelischen Behörden in diesem, wie auch sonst in solchen Fällen, ab. Soweit amnesty international bekannt, wurde bis heute niemand für diesen Vorfall zur Rechenschaft gezogen.

Abgesehen davon, dass bei israelischen Militäraktionen im Gazastreifen viele Palästinenser getötet oder verletzt werden, führen diese Angriffe auch zu weitreichenden Zerstörungen an privatem wie öffentlichem Eigentum und verursachen massive Schäden an der regionalen Infrastruktur, die durch die Attacken der vergangenen Jahre allerdings ohnehin schon erhebliche Schläge zu verkraften hat.¹¹

4. Humanitäre Krise in Gaza

Von Beginn der Operation "Sommerregen" an griffen die israelischen Truppen verstärkt zu unverhältnismäßigen Gewaltmitteln und vorsätzlichen Angriffen auf zivile Objekte - mit gravierenden Folgen für das Leben und die Erwerbsmöglichkeiten der palästinensischen Bewohner der besetzten Gebiete, vor allem des Gazastreifens.

Am 28. Juni 2006 feuerten israelische Kampfflugzeuge acht Raketen auf das einzige Elektrizitätswerk im Gazastreifen ab und verwüsteten dabei sechs Stromumwandler. Außerdem bombardierten und zerstörten sie die wichtigsten Brücken des Gebietes. Bei diesem und bei weiteren Luftschlägen wurden auch das Wasser- und Abwassernetz und die Stromversorgungskabel beschädigt. Gleichzeitig warf die israelische Luftwaffe Flugblätter über dem nördlichen Gazastreifen ab, in denen die Bevölkerung vor anstehenden Militärschlägen gewarnt wurde und versetzte so Zehntausende von Menschen, die dort leben und nirgendwo anders hin können, in Angst und Schrecken.

Die Zerstörung des Elektrizitätswerkes, das die Hälfte der 1,4 Millionen Einwohner Gazas mit Strom belieferte, wirkte sich ebenso dramatisch auf die Wasserversorgung aus, da der Betrieb von Wasserpumpen auch stromabhängig ist. Die meisten Einwohner Gazas standen während der heißesten Monate des Jahres die meiste Zeit über ohne Strom und Wasser da. Krankenhäuser waren gezwungen, auf Notstromaggregate zurückgreifen. Doch Israel schränkte auch die Treibstofflieferungen, die für den Betrieb der Generatoren nötig sind, ein. Lebensmittel und Medikamente - dank der diversen, von israelischen Behörden verhängten Restriktionen des Güterimports in den Gazastreifen ohnehin schon Mangelware - konnten nicht mehr gekühlt werden und verderben. Das UN-Büro zur Koordination Humanitärer Angelegenheiten (OCHA) schrieb den 56-%igen Anstieg von Durchfallerkrankungen bei kleinen Kindern im August 2006 der mangelhaften Wasser- und Lebensmittelversorgung zu. Durch die israelischen Einfuhrbeschränkungen auf Geräte, Maschinen und andere Artikel nach Gaza ging die Reparatur des Elektrizitätswerkes und anderer beschädigter Infrastruktur nur schleppend voran.

Obwohl stringente Restriktionen gegen den Personen- und Güterverkehr in den besetzten Gebieten seit langem eine markante Eigenheit der israelischen Politik darstellen, ist eine Blockade, wie sie für fast das gesamte Jahr 2006 über den Gazastreifen verhängt war, noch nie in einem solchen Umfang angeordnet worden. Die Konsequenzen sind verheerend.

Zwischen Juni und Oktober 2006 war der Fußgängerübergang von Rafah während eines Zeitraums von drei Monaten für nur insgesamt 12 Tage geöffnet. Die wiederholte und langanhaltende Schließung der Grenzübergangs für den Warenumsatz in Karni führte zu Lebensmittelengpässen und zu einer Verknappung anderer lebensnotwendiger Güter - früher im Jahr war es schon zu einer bis dahin unbekanntem Brotrationierung gekommen.¹³

“Gaza ist eine tickende Zeitbombe. Rund 1,4 Millionen Menschen, größtenteils Kinder, leben zusammengepfercht in einer der am dichtesten besiedelten Regionen der Welt, ohne die Freiheit der Bewegung, ohne Zufluchtsort und ohne Rückzugsmöglichkeit. Da seit Juni von außen so gut wie kein Zugang mehr möglich war, erfährt Gaza nun eine Steigerung der Armut, Arbeitslosigkeit, Bedürftigkeit und Verzweiflung. Traurigerweise ist das, was Gaza jetzt am dringendsten braucht, genau das, woran es am meisten mangelt: Hoffnung.”

UN-Nothilfekoordinator Jan Egeland, Untergeneralsekretär für Humanitäre Angelegenheiten sowie Jan Eliasson, ehemaliger Präsident der Generalversammlung der Vereinten Nationen, September 2006¹²

¹² *“Die menschliche Katastrophe in Gaza ist eine Zeitbombe”, Le Figaro*, 28. September 2006

¹³ *Israel/Occupied Territories: Immediate action needed to avert humanitarian crisis in Gaza (Zur Vermeidung einer humanitären Krise in Gaza sind sofortige Maßnahmen nötig (MDE 15/025/2006)*



Palästinenser inspizieren eine Brücke bei Gaza-Stadt, die bei einem israelischen Luftangriff auf eine Hauptverkehrsstraße zerstört wurde, 28. Juni 2006

¹⁴ Stellungnahme der UNRWA-Generalbeauftragten Karen Koning Abu Zayd vor dem Vierten Ausschuss der Generalversammlung der Vereinten Nationen, New York, 31. Oktober 2006

¹⁵ Siehe auch *“Fischer aus Gaza riskieren israelischen Beschuss”*, BBC News, 13. Oktober 2006

¹⁶ *Westbank und Gazastreifen: Aktuelle Wirtschaftsdaten und potentielle Aussichten*, Weltbank, 15. März 2006 und *Die anhängige Palästinensische Finanzkrise, Mögliche Lösungswege*, Weltbank, 7. Mai 2006

Die lange Blockade der Grenze brachte auch den palästinensischen Export zum Erliegen und führte dazu, dass nicht konservierbare Agrarexportgüter verdarben und die entsprechenden Märkte sowie weitere Exportaufträge verlorengingen. Aufgrund der Blockade mussten rund 920 kleinere Fabriken, die im Dezember 2005 noch etwa 25.500 Arbeiter beschäftigt hatten, den Betrieb einstellen, weil sie ihre Produkte nicht mehr exportieren konnten.¹⁴ Solche Maßnahmen berauben die Palästinenser wichtiger Erwerbsquellen und steigern die ohnehin schon hohe Armutsrate im Gazastreifen. Weil Israel ein Verbot erließ, durch das sich Palästinenser vor der Küste des Gazastreifens nicht mehr auf See begeben dürfen, verloren zusätzlich auch tausende Fischer und andere Beschäftigte der Fischereiindustrie ihren Lebensunterhalt.¹⁵

Weltbankstudien aus den Monaten April und Mai 2006 sagten voraus, dass die Einbehaltung der Zollgebühren, die Israel im Namen der PA erhebt, die vermehrten Grenzsicherungen, die Beschränkungen des Personen- und Güterverkehrs innerhalb und in die besetzten Gebiete sowie der rückläufige Zufluss finanzieller Hilfen an die PA zu erheblichen wirtschaftlichen Schäden in den besetzten Gebieten führen werden.¹⁶

GAZA IM ISRAELISCHEN WÜRGEGRIFF

Trotz des vielfach publizierten Rückzugs der israelischen Armee aus dem Gazastreifen im September 2005 hat sich der Staat Israel weiterhin die effektive Kontrolle über das Gebiet und die Lebensumstände seiner Einwohner vorbehalten. Israelische Soldaten überwachen sämtliche Zugangspunkte für Menschen und Waren in und aus dem Gazastreifen, sämtliche Grenzübergänge, wie etwa den Fußgängerübergang von Rafah, der das Gebiet mit Ägypten verbindet, Gazas einziges Tor zur Außenwelt - sowie den Luftraum über Gaza und seine territorialen Hoheitsgewässer.

Die israelische Regierung genehmigt Ein- und Ausfahren im Gazastreifen nur über den Grenzübergang Karni. Sie ist weder gewillt, den Palästinensern den Wiederaufbau des Flughafens Gaza zu gestatten, den israelische Truppen im Jahr 2000 zerstörten, noch die Wiederaufnahme der Bauarbeiten für einen Seehafen zu genehmigen, den sie im Jahr 2001 gleich in der ersten Aufbauphase zerstören ließ. Beide Projekte waren von internationalen Investoren finanziert worden. Die Grenzübergänge Rafah und Karni blieben im Jahr 2006 den größten Teil der Zeit über teilweise oder ganz geschlossen.¹⁷

Die UN-Hilfs- und Arbeitsorganisation (UNRWA) berichtete im November 2006, dass die Zahl der in tiefer Armut lebenden Palästinenser um 64 % gestiegen ist, wobei sich die Situation im Gazastreifen noch erheblich schlechter darstellte. Laut einer Studie des Palästinensischen Statistikamts leben 87 % der Bevölkerung dort in Armut und können den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien ohne internationale Hilfe nicht mehr aufbringen.¹⁸ Ebenfalls im November 2006 berichtete das ICRC (Internationale Rot-Kreuz-Komitee) dass "in Gaza extrem hohe Armutsraten festgestellt wurden und die Lage dort besonders dramatisch ist."¹⁹

5. Ohne Unterschied: Palästinensische Angriffe auf israelische Zivilisten

Bei Selbstmordattentaten, Schießereien und Raketenangriffen töteten bewaffnete palästinensische Gruppen seit Beginn der Intifada im Jahr 2000 in Israel und den besetzten Gebieten insgesamt rund 700 israelische Zivilisten, davon 120 Kinder. Die meisten dieser Übergriffe fanden vor dem formalen Waffenstillstand (*tahadiyeh*) statt, dem die wichtigsten bewaffneten Gruppen Anfang 2005 zugestimmt hatten. Aber auch danach hat es noch Angriffe gegeben.

Die überwiegende Zahl der Opfer starb bei Selbstmordattentaten, die von Mitgliedern der Izz al-Din al-Qassam-Brigaden (bewaffneter Flügel der Hamas), der al-Aqsa-Märtyrerbrigaden (ein Ableger der Fatah) oder des bewaffneten Flügels des Islamischen Jihad in den Jahren 2001 bis 2004 innerhalb Israels verübt wurden. Doch auch andere Gruppen bedienen sich solcher Attentate.

Selbstmordattentate finden im Allgemeinen an belebten zivilen Orten, wie in Geschäften, Restaurants oder in Bussen statt. Am 12. Juli 2005 zum Beispiel führte der Islamische Jihad ein Selbstmordattentat vor einem Einkaufszentrum in Hasharon bei Nethania durch und tötete dabei fünf israelische Zivilisten.

¹⁷ Bericht zur Lage im Gazastreifen, UN Büro zur Koordination Humanitärer Angelegenheiten, 10. Oktober 2006

¹⁸ "UNRWA veröffentlicht neue Studie: Letzte sozio-ökonomische Auswirkungen der ausgedehnten Krise in den besetzten palästinensischen Gebieten", Pressemitteilung der UNRWA, 22. November 2006 und "Palästinensische Flüchtlinge: Eine Herausforderung für die internationale Gemeinschaft", Programmpapier der Generalbeauftragten der UNRWA, Karen Koning Abu Zayd, 10. Oktober 2006

¹⁹ Westbank und Gaza: ICRC - Wirtschaftliche Bewertung der Haushalte, ICRC (Internationales Komitee vom Roten Kreuz), 21. November 2006



Vom Schauplatz eines Selbstmordattentates auf einen Nachtclub in Tel Aviv am 26. Februar 2005 wird ein Körper weggetragen. Der von einem Mitglied der bewaffneten Palästinensergruppe Islamischer Jihad ausgeführte Anschlag kostete fünf israelische Zivilisten das Leben. Rund 50 Personen wurden verletzt.

Unter den Opfern befanden sich zwei Kinder. Dasselbe Einkaufszentrum war schon im Jahr 2001 zum Schauplatz eines Selbstmordattentats geworden, bei dem fünf Personen getötet und über 100 weitere verletzt wurden.

Nachdem der informelle Waffenstillstand (*tahadiyeh*) ausgerufen worden war, ging die Zahl der Selbstmordattentate und anderer Tötungen von Israelis insgesamt deutlich zurück. Während der bewaffnete Flügel der Hamas sich weitgehend an sein Versprechen hielt, die informelle Waffenruhe einzuhalten, setzten andere bewaffnete Gruppen ihre Übergriffe fort. Hier ist besonders der Islamische Jihad zu nennen, der sich 2005 und Anfang 2006 zu insgesamt sechs Selbstmordattentaten bekannte.

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts war das letzte Selbstmordattentat am 17. April 2006 auf den alten Busbahnhof von Tel Aviv durch den bewaffneten Flügel des Islamischen Jihad verübt worden. Sechs israelische Zivilisten - Lily Yunes (43), Viktor Erez (40), Ariel Darhi (31), Binyamin Haputa (47), David Shaulov (29) und Philip Balhasan (45) - starben. Ein siebter, der 26-jährige Lior Anidzar erlitt schwere Verletzungen und erlag diesen einen Monat später. 68 weitere Zivilisten wurden ebenfalls verletzt.

Seit 2004 haben bewaffnete Palästinensergruppen immer öfter selbstgebastelte Qassam-Raketen auf den Süden Israels abgefeuert. Dabei kamen bislang mindestens acht israelische Zivilisten, vier davon Kinder, ums Leben. Dutzende weitere trugen bei solchen Attacken Verletzungen davon.

Das erste Opfer war ein vierjähriger Junge aus der südwestisraelischen Region Negev. Afiq Zahavi-Ohayon starb am 28. Juni 2004, als eine von bewaffneten Palästinensern gezündete Qassam-Rakete in der Nähe seines Kindergartens im Sderoter Vorort Neve Eshkol niederging.

Drei Monate später, am 29. September 2004, starben zwei weitere Kinder, die zweijährige Dorit Inso und ihr vierjähriger Cousin Yuval Abebeh, als eine Qassam-Rakete in der Nähe des Wohnhauses ihrer Eltern einschlug, wo die beiden draußen gespielt hatten.

Seit Ende 2005 verstärkten die bewaffneten palästinensischen Gruppen die Zahl ihrer Angriffe mit Qassam-Raketen kontinuierlich. Im November 2006 wurden bei solchen Attacken auf die Stadt Sderot wieder zwei israelische Zivilisten getötet. Am 15. November 2006 starb die 57-jährige Mutter zweier Kinder, Fatima Slotzker, bei einem Angriff, bei dem auch ein 24-jähriger Mann schwer verwundet wurde. Am 21. November 2006 wurde der Arbeiter Yaakov Yaakobov getötet, als eine der sieben palästinensischen Raketen, die an dem Tag auf Sderot fielen, die Fabrik traf, in der er beschäftigt war.

Die meisten dieser Raketen gehen auf offenem Gelände nieder. Etliche jedoch schlagen auch in Wohnhäuser und öffentliche Gebäuden in und um die Stadt Sderot ein und verursachen erhebliche Schäden. Seit Mitte 2004 haben sich alle bewaffneten palästinensischen Gruppen zu solchen Angriffen mit Qassam-Raketen bekannt. Seit Ende 2005 waren jedoch vor allem die al-Aqsa-Märtyrerbrigaden und der bewaffnete Flügel des Islamischen Jihad für diese Attacken verantwortlich. Zu dem Raketenangriff vom 15. November 2004, der Fatima Slotzker das Leben gekostet hatte, bekannte sich indes der bewaffnete Flügel der Hamas. Die Gruppe bezeichnete den Angriff als Antwort auf vorangegangene Tötungen von Palästinensern in Beit Hanoun.

Qassam-Raketen bestehen üblicherweise aus ein bis zwei Meter langen, mit Sprengstoff gefüllten Metallrohren. Es handelt sich um primitive, selbstgebastelte und führungslose Waffen, mit denen ein genaues Zielen unmöglich ist. Daher gelten sie als nicht differenzierende Waffen, deren Einsatz in oder in der Nähe ziviler Gebiete rechtswidrig ist.

Gegen den Beschuss mit Qassam-Raketen wehrt sich Israel durch tödliche Militäraktionen und die Zerstörung von Wohnhäusern. Im Oktober 2004 zum Beispiel, als zwei israelische Kinder beim Einschlag einer auf die Stadt Sderot abgefeuerten Qassam-Rakete ums Leben kamen, startete die israelische Armee die "Tage der Buße", eine 17-tägige Belagerung des Flüchtlingslagers Jabaliya im Gazastreifen, in deren Verlauf über 100 Palästinenser, ein Viertel davon Kinder, getötet und rund 100 Wohnhäuser zerstört wurden.

Bei den groß angelegten Militäroperationen und Attacken, die Israel im Gazastreifen mit dem erklärten Ziel durchführte, die Qassam-Raketenangriffe stoppen oder vermindern zu wollen, wurden viele Palästinenser getötet - Zivilisten wie Mitglieder bewaffneter Gruppen. Auf die Zahl der abgefeuerten Raketen hatten diese Militäroperationen jedoch keinen Einfluss. Die bewaffneten palästinensischen Gruppen erklären ihrerseits routinemäßig, dass die Angriffe mit Qassam-Raketen nur als Reaktion auf die Tötung so vieler Palästinenser durch die israelischen Streitkräfte im Gazastreifen stattfinden.

Das Verbot, Zivilisten anzugreifen, ist nach internationalem Recht als ein absolutes zu verstehen. Es gilt für jedermann und zu jeder Zeit, für Völker unter Besatzung wie für Besatzungsmächte. Das Versagen der einen Partei, diesem Verbot zu folgen, befreit die andere nicht von ihren internationalen, völkerrechtlichen Verpflichtungen. amnesty international hat wiederholt an die Führer der bewaffneten palästinensischen Gruppen appelliert, die Angriffe auf Zivilisten unverzüglich und bedingungslos einzustellen, und die PA darauf gedrängt, die verantwortlichen Täter vor Gericht zu stellen.

6. Landnahme: Israelische Siedlungen in der Westbank

Die israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten und die Reaktionen, die sie bei den Palästinensern provozieren, sind der Grund für weitere verbreitete und fortlaufende Menschenrechtsverletzungen,²⁰ wie etwa die strengen Einschränkungen, die die israelische Armee gegen die Bewegungsfreiheit der Palästinenser verhängt, der (Aus-)Bau und Betrieb eines Netzes von "Bypass"-Straßen zum alleinigen Nutzen israelischer Siedler, die Anordnung von Sperrzonen, Kontrollpunkten, Blockaden und Ausgangssperren, die die Bewegungsfreiheit der Palästinenser und viele weitere Aspekte ihres täglichen Lebens beeinträchtigen, die Zerstörung von Wohnhäusern, Ländereien und anderen Besitztümern, die illegale Konfiszierung und Inbesitznahme palästinensischen Landes sowie die fortgeführte Errichtung eines Zauns/einer Mauer, der die Westbank durchtrennt. Solcherlei Maßnahmen haben die palästinensische Wirtschaft regelrecht abgewürgt und zu einer weitverbreiteten Armut und Arbeitslosigkeit unter den Palästinensern geführt.

NABLUS: EINE BELAGERTE STADT

Nablus, die Heimat von rund 120.000 Palästinensern, ist von israelischen Siedlungen umgeben. Israelische Truppen kontrollieren mit statischen und flexiblen militärischen Checkpoints und Blockaden den palästinensischen Verkehr der Stadt Nablus und ihrer Nachbardörfer - mit negativen Folgen für alle palästinensischen Einwohner der Stadt: Studenten, die dort zur Uni gehen, Krankenhauspatienten, Städter, die in den nahegelegenen Dörfern ihre Farmen bewirtschaften müssen. Jeder, der in die Stadt kommen oder sie verlassen möchte, ist betroffen. Der an sich normale Zugang zu Arbeitsplätzen, Bildungsstätten, medizinischen Einrichtungen und vielen anderen Aspekten des täglichen Lebens wird bestenfalls ungewiss, oft aber unmöglich. Dies hat zur Folge, dass Nablus, früher eines der wichtigsten Zentren der Westbank, einen massiven wirtschaftlichen Niedergang erlebt.



Die Behauptung der israelischen Behörden, dass Hunderte militärische Kontrollpunkte und Blockaden zwischen Dörfern und Städten in der Westbank nötig seien, um die Sicherheit Israels zu gewährleisten, ist fragwürdig.²¹ Fakt ist, dass diese Barrieren dazu dienen, die Palästinenser von den israelischen Siedlungen, die illegal auf besetztem palästinensischem Boden errichtet sind, und von den Straßen, die diese Siedlungen untereinander und mit dem Staat Israel verbinden, fernzuhalten.

Seit der Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens im Jahr 1967 und der schrittweisen Annektierung Ost-Jeruselems verfolgt Israel eine Politik der Errichtung von Siedlungen in den gesamten besetzten Gebieten. Rund 450.000 Siedler leben inzwischen in der besetzten Westbank - 200.000 davon in und um Ost-Jerusalem. Sie verstoßen gegen internationale, humanitäre Völkerrechte und grundlegende, menschenrechtliche Standards, auch gegen das Verbot der Diskriminierung, wobei die Diskriminierung ein herausragendes Charakteristikum der israelischen Siedlungspolitik darstellt.

Die israelischen Siedlungen und weite Landflächen in deren Umland sind zur alleinigen Nutzung durch israelische Juden bestimmt. Palästinenser dürfen dort nicht bauen, keine Farmen errichten oder das Land anderweitig nutzen.

Maskierte jüdische Siedler werfen Steine auf Palästinenser in der westjordanischen Stadt Hebron, Januar 2006

²¹ Westbank: Analyse der Daten zu den Sperrungen, UN-Büro zur Koordination Humanitärer Angelegenheiten, September 2006

**Resolution Nr. 465
des UN-Sicherheitsrats
(vom 1. März 1980) fordert
den Staat Israel auf:**

*“... vorhandene
Siedlungen - mit
gebotener Eile - zu
entfernen und
insbesondere den Bau
und Ausbau sowie die
Planung von Siedlungen
in den arabischen
Gebieten, die er seit
1967 besetzt hält,
einschließlich
Jerusalem, sofort
einzustellen.*

Die Siedlungen benötigen erhebliche Wassermengen und berauben die palästinensische Bevölkerung ihrer knapp bemessenen, lebensnotwendigen, natürlichen Ressourcen. Die Konfiszierung und Inbesitznahme von Land, Wasser und anderen Ressourcen zum Vorteil israelischer Siedler wirken sich verheerend auf die fundamentalen Rechte der lokalen, palästinensischen Bevölkerung aus, einschließlich ihrer Rechte auf einen angemessenen Lebensstandard, eine adäquate Unterkunft, auf gesundheitliche Versorgung, Bildung, Arbeit und auf ihr Recht auf freie Bewegung.

Im von Israel besetzten Westjordanland existieren mehr als 120 offiziell von der israelischen Regierung anerkannte Siedlungen, zudem noch über 100 sogenannte "Außenposten", die ohne offizielle Genehmigung, letztlich aber mit staatlicher Duldung errichtet wurden. Meistens erteilen die israelischen Behörden diesen nicht genehmigten "Außenposten" den offiziellen Status als Siedlung, wenn sie erst einmal da sind. Obwohl sich Israel im Rahmen der 2003er Friedensinitiative *Road Map* verpflichtet hatte, das Siedlungswachstum einzudämmen und die unautorisierten "Vorposten" zu räumen, geht der Auf- und Ausbau von Siedlungen wie "Außenposten" in der Praxis unvermindert weiter. Im September 2006 veröffentlichte der Staat Israel Ausschreibungen für 700 neue Häuser in seinen Westbanksiedlungen. Einen Monat später waren schon über 3.500 Wohneinheiten im Bau. Unterdessen sind dort während der letzten Jahre Dutzende neue "Außenposten" errichtet oder ausgebaut worden.

Die internationale Gemeinschaft hat die Illegalität israelischer Siedlungen längst festgestellt und immer wieder deren Räumung gefordert. Doch dank des Widerstands auf seiten der USA und anderer sind bislang keine wirksamen Schritte zur Umsetzung der entsprechenden UN-Resolutionen ergriffen worden - während Israel weiterhin alle Aufrufe zum Einfrieren und Abbau seiner Siedlungen ignoriert. Tatsächlich sind die meisten dieser Siedlungen erst nach Verabschiedung der UN-Sicherheitsratsresolution von 1980 errichtet worden. Der umfangreichste Ausbau siedlungsbezogener Infrastruktur und der größte Zuzug von Siedlern fanden nach dem Osloer Friedensprozess der Jahre 1993 bis 2000 - vor dem Ausbruch der Intifada im Jahr 2000 - statt.

SIEDLUNGEN VERSTOSSEN GEGEN INTERNATIONALES RECHT

Die Siedlungen verstoßen gegen Artikel 49 der Vierten Genfer Konvention, der festlegt: "Eine Besatzungsmacht darf keine eigenen Bevölkerungsanteile in Gebiete deportieren oder transferieren, die sie besetzt hält." Ferner stehen sie dem Artikel 55 der Haager Bestimmungen entgegen, der es Besatzungsmächten verbietet, den Charakter und die Natur staatlichen Eigentums zu verändern, wo dies nicht aus Gründen der Sicherheit oder zum Vorteil der ortsansässigen Bevölkerung unabdingbar notwendig ist.

Israels Auf- und Ausbau von Siedlungen, Straßen und entsprechender Infrastruktur für Israelis im besetzten Westjordanland entspricht diesen beiden Ausnahmekriterien nicht. Innerhalb der Gerichtsbarkeit seines Hofes wertet das Römische Statut zum Internationalen Gerichtshof den "Transfer von Teilen der eigenen Zivilbevölkerung, direkt oder indirekt, durch die Besatzungsmacht in die von ihr besetzten Gebiete..." als Kriegsverbrechen, "... wenn dies als Teil eines Plans, einer Politik oder als Bestandteil der groß angelegten Durchführung eines solchen Vergehens geschieht" (Artikel 8(2)(b)(viii)).



Während der letzten sechs Jahre ging die Expansion im Westjordanland unvermindert weiter. Der Abzug von rund 8.000 israelischen Siedlern aus dem Gazastreifen im August 2005, allseits bekannt unter dem Titel "Rückzugsplan", zog die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf sich und wurde als Schritt in die richtige Richtung mit Applaus bedacht, während der Ausbau israelischer Siedlungen anderswo fast unbemerkt an Fahrt gewinnen konnte.

7. Gaza: illusionärer 'Rückzug'

Im August und September 2005 forderte die Regierung von Premierminister Ariel Sharon alle israelischen Siedler auf, sich aus dem Gazastreifen zurückzuziehen und ließ zur Durchsetzung dieser Forderung Truppen der israelischen Armee im Gazastreifen aufmarschieren, während geräumte Siedlungsbauten und ehemalige israelische Militärbasen von Planierwalzen eingeebnet wurden. Kurz darauf verkündete dieselbe Regierung das formale Ende der Militärherrschaft, erklärte den Gazastreifen zu "ausländischem Territorium" und stellte fest, dass der Staat Israel von nun an nicht mehr an seine Verpflichtungen als Besatzungsmacht gebunden sei.

Bei einer Demonstration in dem Westbankdorf Deir Samit im September 2004, die sich gegen den Bau der Mauer/des Zauns richtete, tragen israelische Grenzpolizisten einen palästinensischen Bauern weg. Die israelischen Bautrupps im Hintergrund hatten zuvor einige palästinensische Olivenhaine gerodet, um Platz für den Zaun/die Mauer zu schaffen.

Die Auflösung der Siedlungen hat den Gazastreifen aber keineswegs von jedem israelischen Zugriff befreit. Die effektive Kontrolle liegt nach wie vor in Händen der israelischen Armee. Sie überwacht alle Ein- und Ausgangspunkte des Personen- und Güterverkehrs wie auch die Hoheitsgewässer und den Luftraum über dem Gebiet. Einen Seehafen gesteht Israel dem Gazastreifen nicht zu. Der Flughafen wurde bereits 2001 außer Funktion gesetzt. Warenein- und -ausfuhr sind nur über Israel gestattet. Israels Regierung erklärte zudem, sich das Recht vorzubehalten, jederzeit militärisch in den Gazastreifen vorzudringen, was sechs Monate nach Auflösung der Siedlungen dann auch der Fall war. Erst kürzlich unternahmen israelische Truppen fast täglich militärische Streifzüge in den Gazastreifen, führten Angriffe durch, töteten dabei Hunderte von Palästinensern, nahmen etliche weitere in Haft und zerstörten Hunderte von Wohnhäusern und anderen Besitz.

Als Besatzungsmacht bleibt Israel an seine Pflichten gemäß der Vierten Genfer Konvention gebunden. Letztere verbietet sowohl Vergeltungsschläge wie auch die Tötung, Misshandlung und kollektive Bestrafung der durch sie geschützten Personen - in diesem Fall der palästinensischen Einwohner der besetzten Westbank und des Gazastreifens. Die größte Militäroperation, die Israel im Juni 2006 in Gaza durchführte, bezog Bombenangriffe auf die zivile Infrastruktur und Invasionen in dichtbesiedelte Wohngebiete mit ein. Während der Operation verstieß die israelische Armee systematisch gegen grundlegende Prinzipien internationalen Rechts und zwar insbesondere gegen die Prinzipien der Proportionalität und der zivilen Immunität.

8. Vor Ort Fakten schaffen: der Zaun/die Mauer

Nach Angaben der israelischen Regierung stellt der Zaun/die Mauer eine "Schutzmaßnahme" dar, die das Eindringen von Terroristen, Waffen und Sprengmaterialien nach Israel abblocken soll. Wenn dies der tatsächliche Zweck dieses Zauns/dieser Mauer wäre, hätte sie auf der Grünen Linie - der international anerkannten Demarkationslinie zwischen Israel und dem besetzten Westjordanland - errichtet werden müssen.

Stattdessen wurden rund 80 % des Gebildes auf palästinensischem Boden innerhalb der Westbank gebaut, mancherorts bis zu 20 km östlich der Grünen Linie. Die Route dieser Sperranlage ergibt sich aus der Anwesenheit und den Standorten israelischer Siedlungen. Die meisten israelischen Siedlungen im Westjordanland, einschließlich jener in Ostjerusalem, sowie weite Areale des Landes ringsum sind durch den Zaun/die Mauer aus dem Rest der Westbank ausgegliedert, offenbar in der Absicht, sie Israel einzuverleiben.

Der Zaun/die Mauer kreist palästinensische Städte und Dörfer ein, schneidet Gemeinden und Familien voneinander ab, trennt Bauern von ihren Feldern und palästinensische Bürger von ihren Arbeitsplätzen, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen und von anderen lebensnotwendigen Diensten. Die Gesamtstrecke dieser Anlage beträgt rund 700 km - sie ist damit doppelt so lang wie die Grüne Linie.



Die Anlage besteht mancherorts aus einer bis zu acht Meter hohen Betonmauer, aus Stacheldrahtzäunen, Gräben, breiten Spurfäden und Panzerpatrouillestrecken sowie aus zusätzlichen Pufferzonen und Sperrstreifen unterschiedlicher Stärke auf beiden Seiten.

Da ein großer Teil des Zauns/der Mauer so tief im Innern der Westbank verläuft, sind weite Gebiete fruchtbaren Bodens und ganze palästinensische Dörfer in gewöhnlich als "Saumzone" bezeichnete Enklaven zwischen dieser Anlage und der Grünen Linie eingeschlossen. Palästinenser, die jetzt in dieser "Saumzone" wohnen, brauchen eine Genehmigung der israelischen Behörden, um auch zukünftig in ihren eigenen Häusern leben zu dürfen.

Der Verkehr über den Zaun/die Mauer ist durch ein Netz von Zugangstoren und ein System von Sondergenehmigungen limitiert. Palästinensische Bürger müssen solche Genehmigungen bei den israelischen Behörden beantragen, um zu Häusern und Ländereien zu gelangen, die innerhalb der "Saumzone" liegen.

Eine Palästinenserin geht an der Mauer entlang, die den Jerusalemer Vorort Abu Dis durchtrennt, Februar 2004

“Die Siedlungen innerhalb der Bevölkerungszentren würden unter israelischer Kontrolle bleiben und Teil des Staates Israel werden.”

Israels Premierminister Ehud Olmert am 23. Mai 2006²²

²² Präsident Bush und Premierminister Ehud Olmert aus Israel nehmen an einer gemeinsamen Pressekonferenz teil, Pressemitteilung, Weißes Haus, 23. Mai 2006

²³ OCHA-Sonderfokus: Besetzte Palästinensische Gebiete, UN-Büro zur Koordination Humanitärer Angelegenheiten, November 2006

Verschiedene von amnesty international in den Gebieten entlang des Zauns/der Mauer durchgeführte Feldstudien aus dem Jahr 2006 und aus früheren Jahren lassen ein Muster zunehmender Einschränkungen erkennen.

Bauern, deren Agrarflächen sich in der "Saumzone" befinden, bekommen keine Zugangserlaubnis. Inhaber von Genehmigungen werden an den Pforten von israelischen Soldaten abgewiesen. Vereinbarte Öffnungszeiten werden nicht eingehalten. Oft ist nur die Hälfte oder weniger der vorhandenen Tore in Betrieb.

Wem es gelingt, eine Zugangsgenehmigung für seinen Grund und Boden zu erwirken, sieht sich bald darauf mit anderen Hindernissen konfrontiert, die es schwierig oder unmöglich machen, das Land gewinnbringend oder überhaupt landwirtschaftlich zu nutzen. Die Standorte der Pforten sind oft ungünstig gelegen, so dass Bauern auf dem Weg zu ihren Flächen und zurück oft einige Kilometer überwinden müssen - kein Problem, für all jene, die gut auf den Beinen sind. Traktoren und anderen Fahrzeugen ist die Durchfahrt der Tore nur selten erlaubt, was den Transport von landwirtschaftlichen Erzeugnissen erheblich einschränkt. Zugangsgenehmigungen werden oft an ältere Familienmitglieder vergeben, die zu gebrechlich sind, um noch Äcker zu bearbeiten, während man ihren Kindern oder jüngeren Angehörigen, die solche Arbeiten für sie erledigen könnten, den Zugang verweigert.

Im Jahr 2003 verabschiedete die UN-Generalversammlung eine Resolution, die den Stopp des Zaun- bzw. Mauerbaus verlangt. Sie reichte die Angelegenheit an den Internationalen Strafgerichtshof (International Court of Justice / ICJ) weiter, der in einem Schlichtungsgutachten feststellte, dass der Zaun/die Mauer gegen internationales Recht verstößt. Israel ignoriert diese Feststellung genau wie die Empfehlungen des Internationalen Strafgerichtshofs und setzt den Bau der Anlage immer weiter fort. Seit dem Juni 2004 hat der Oberste Israelische Gerichtshof verschiedene Vorschriften erlassen, anhand derer der Staat Israel nur kurze Teilstrecken der Route des Zauns/der Mauer abändern muss. Doch allein schon diese geringfügigen Änderungen wurden nicht alle umgesetzt.

MAUERDATEN

Eine Studie des UN-OCHA (UN-Büro zur Koordination Humanitärer Angelegenheiten) aus dem November 2006 über 57 dem Zaun/der Mauer nahe gelegene Gemeinden in der Westbank fand heraus, dass:²³

- ▶ 60 % der landwirtschaftlich tätigen Familien mit Agrarflächen westlich des Zauns/der Mauer, keinen Zutritt mehr zu ihrem Ländereien haben;
- ▶ 30 der 57 Gemeinden keinen direkten oder regelmäßigen Zugang mehr zu ihrem Gemeindegrund haben;
- ▶ den Palästinensern nur 26 von 61 der vorhandenen Pforten das ganze Jahr über zur Verfügung standen;
- ▶ die Tore nur für 64 % der offiziell festgelegten Zeiten geöffnet sind.



© Nasser Ishtayeh/AP/EMPIICS

9. Unter Besatzung: soziale und wirtschaftliche Rechte vorenthalten

Mit einer Kombination aus verwaltungstechnischen und physischen Barrieren, deren Umfang und Intensität in den letzten sechs Jahren erheblich anwuchs, hat der Staat Israel den palästinensischen Verkehr in den besetzten Gebieten fast zum Stillstand gebracht. Ein drakonisches Regime von Genehmigungen, Schließungen, Blockaden, Militärkontrollpunkten, Ausgangssperren und eine ganze Palette weiterer Restriktionen hindert die Palästinenser oft daran, ihre Häuser oder deren direkte Umgebung zu verlassen und hat zum Kollaps der palästinensischen Wirtschaft geführt. Die genannten Einschränkungen laufen der internationalen menschen- und völkerrechtlichen Verpflichtung Israels zuwider, die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu schützen, diese nicht zu diskriminieren und sie nicht mit Kollektivstrafen zu behaften. Israel beraubt die Palästinenser ihrer Rechte auf Arbeit, auf einen adäquaten Lebensstandard, auf den Erwerb eines Lebensunterhalts für ihre Familien, auf lebensnotwendige medizinische Dienste und auf grundlegende Ausbildungsmöglichkeiten.

Nahe der Westbankstadt Nablus, am Kontrollpunkt Beit Iba, hält ein israelischer Soldat einen palästinensischen Mann an, 31. Mai 2006

Der Staat Israel ... ist verpflichtet, den von ihm betriebenen Mauerbau in den besetzten palästinensischen Gebieten - einschließlich der Gebiete in und um Ostjerusalem - mit sofortiger Wirkung einzustellen. Angesichts der Feststellung des Hofes, dass Israels Verletzung seiner internationalen Obligationen sich aus der Errichtung der Mauer und den damit einhergehenden Verfahren ergeben, bedeutet die Einstellungen dieser Verstöße zudem den sofortigen Rückbau jener Bestandteile dieser Strukturen, die sich innerhalb der besetzten Gebiete, einschließlich der Gebiete in und um Ostjerusalem befinden.

Internationaler Strafgerichtshof
im Juli 2004²⁴

24 *Die rechtlichen Konsequenzen der Errichtung einer Mauer in den besetzten palästinensischen Gebieten,*
Internationaler Strafgerichtshof,
9. Juli 2004

Die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit haben - historisch betrachtet - parallel zur Expansion israelischer Siedlungen kontinuierlich zugenommen, obwohl diese gegenwärtig vielfach als Antwort auf die Intifada betrachtet werden. Es waren vielmehr um Teil die in den 90er Jahren immer weiter zunehmenden Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, die den Ausbruch der Intifada beflügelten. Die israelische Regierung hält an der Behauptung fest, dass ihr System der Sperrungen für die Sicherheit Israels erforderlich sei. Hauptzweck dieser Maßnahmen ist jedoch die Sicherung illegaler, israelischer Siedlungen im Westjordanland. Die Checkpoints, Sperrungen und Blockaden sind vor allem in der Nähe von Siedlungen und Siedlerstraßen zu finden.

In den letzten Jahren hat der israelische Staat zunehmend ein paralleles Straßensystem installiert. Die Hauptverkehrsstraßen der Westbank sind für israelische Autos und Militärfahrzeuge reserviert. Palästinensische Einwohner sind gezwungen, Nebenstrecken mit zum Teil erheblichen Straßenschäden zu benutzen und benötigen eine Reisegenehmigung, um zwischen den Städten und Dörfern der Westbank zu verkehren. Die Voraussetzungen zur Bewilligung einer solchen Genehmigung - wie auch die Antragsverfahren selbst - sind oft willkürlich und ändern sich mit jeder neuen Auflage weiterer Beschränkungen.

Im August 2003 lag die Zahl der Kontrollpunkte und Straßensperren in der Westbank bei rund 300. Zur Jahresmitte 2005 waren es 376. Im Oktober 2006 existierten dort laut Berichten des OCHA (UN-Büro zur Koordination humanitärer Angelegenheiten) 528 Checkpoints und Barrieren, was im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von rund 40 % bedeutet.

Die Bewegungsfreiheit der Palästinenser im Jordantal, dem östlichen Streifen der Westbank, hat Israel seit Anfang 2006 noch weiter eingeschränkt und den Zugang zu und den Verkehr innerhalb dieses Gebietes einer neuen Genehmigungsstruktur unterstellt. Nur Palästinenser, die dort als Einwohner registriert sind, können eine solche Genehmigung erhalten. Palästinenser, die Grundstücke im Jordantal besitzen und nicht dort wohnen, haben nun keinen Zugang mehr zu ihrem Land.

Der freie Personen und Güterverkehr ist eine der überlebensnotwendigen Grundbedingungen jeder funktionierenden Wirtschaft. Selbst wenn man von heute auf morgen alle Blockaden aufhobe und einen freien Verkehr zuließe, würde die palästinensische Gesellschaft noch lange brauchen, um zu einem normalen Leben zurückzufinden und die Wirtschaft, die durch die jahrelange Besatzung nahezu vollständig zerstört ist, wieder aufzubauen. Langfristige Investitionen wären nötig, um den dramatischen Anstieg der Armut und Arbeitslosigkeit umzukehren. Dies wird erst dann möglich, wenn Israel die Freiheit der Bewegung in den besetzten Gebieten wiederherstellt.

Schon 2004 warnte die Weltbank, dass Palästina "die schlimmste wirtschaftliche Depression der Gegenwart" erlebe. Die Ursachen hierfür lägen im hohen Anteil palästinensischer Agrarflächen, die israelische Siedlungs- und Zaun-/Mauerbauten zum Opfer fielen. Durch Grenzsicherungen und Verkehrsbeschränkungen seien die Exportchancen palästinensischer Produkte erheblich reduziert und etwaige Arbeitsplätze seien für viele Menschen nicht erreichbar.



© Mohammed Ballas/AP/EMPICS

Die Weltbank warnte ferner, dass der "Rückzug" aus dem Gazastreifen nur "wenig Wirkung" auf die Wirtschaft des Gebietes zeigen und "noch schlimmere Härten als jetzt schon vorhanden erzeugen" werde, wenn Israel die Beschränkungen des Personen- und Güterverkehrs nicht gründlich überarbeitet.

Zusätzlich zu den gestiegenen Zeit-, Arbeits- und Kostenaufwendungen bringt jede Teilnahme am Straßenverkehr - egal zu welchem Zweck oder mit welchen Mitteln - auch ein gewisses Risiko mit sich. Zur Durchsetzung von Sperrzonen und Ausgangssperren werden die Palästinenser an den Checkpoints oft durch israelische Soldaten festgehalten, geschlagen oder misshandelt. Ihre Fahrzeuge und Ausweispapiere werden konfisziert oder es wird gar das Feuer auf sie eröffnet.

Selbst familiäre Beziehungen können aufgrund der Gebietsabriegelungen und Ausgangssperren nur schwer aufrechterhalten werden. Mangelernährung und andere Krankheiten, deren Ursachen in der Armut liegen, nehmen immer mehr zu. Palästinensische Schüler können oft für lange Zeiträume nicht am Unterricht teilnehmen, was ihr Recht auf Bildung verletzt und ihre Zukunftschancen untergräbt. Da verarmte Familien jede Chance nutzen, ihr Haushaltsbudget aufzustocken, mehren sich ferner die Berichte über Kinderarbeit.

Vor den Toren der Stadt Jenin im Westjordanland wird ein Rettungssanitäter an einem israelischen Kontrollpunkt angehalten und durchsucht, Dezember 2005

VERZÖGERUNGEN UND UMWEGE

Die israelischen Siedlungen im Westjordanland sind durch sogenannte "Bypass-Roads" miteinander und mit dem Staat Israel verbunden. Für Palästinenser sind diese Straßen verboten. Um nicht in die Nähe von Siedlungen und Siedlerstraßen zu geraten, müssen Palästinenser auf lange Umgehungsrouen ausweichen. Strecken von an sich nur wenigen Kilometern, wie etwa der Weg zur Arbeit, zur Schule oder zum Arzt, nehmen dadurch - falls sie denn überhaupt möglich sind - Stunden in Anspruch. Für eine Fahrt von Hebron nach Jerusalem, die auf der Hauptstraße früher 20 - 30 Minuten dauerte, benötigt man heute drei bis vier Stunden, manchmal sogar mehr. Durch die erzwungenen Umwege über Nebenstrecken und die Sperrungen von Straßen ist außerdem damit zu rechnen, dass man vier, fünf Mal das Fahrzeug wechseln muss. Aufgrund des starken Siedlungswachstums und der vielen neuen Bypass-Straßen in den gesamten Besetzten Gebieten ist die Zahl der für Palästinenser gesperrten Zonen sprunghaft angestiegen. Wo Siedlungen in der Nähe palästinensischer Dörfer liegen, ist der Verkehr über die Zu- oder Abfahrtsstrecken dieser Orte umso stärker eingeschränkt.

amnesty international drängt die israelische Regierung darauf, das gegenwärtige System der Beschränkung des palästinensischen Personen- und Güterverkehrs aufzuheben. Derartige Restriktionen dürfen nur im direkten Bezug zu einem spezifischen Sicherheitsrisiko verhängt werden. Sie müssen hinsichtlich ihrer Wirkung und Dauer verhältnismäßig sein und dürfen nicht diskriminieren. Die Freiheit der Bewegung, die zur Sicherung eines angemessenen Lebensstandards nötig ist, darf dadurch nicht blockiert werden. Ebenso dürfen sich solche Beschränkungen nicht negativ auf die grundlegenden Rechte der palästinensischen Bevölkerung, wie etwa das Recht auf Arbeit, auswirken.²⁵

10. Unter den Trümmern: Zerstörung von Wohn- und Grundbesitz

Obwohl die Häuserzerstörung ohnehin ein dauerhaftes Element israelischer Politik darstellt, sind seit Beginn der letzten Intifada so viele palästinensische Wohnhäuser abgerissen worden wie nie zuvor.²⁶ Über die gesamte Westbank und den Gazastreifen verteilt haben israelische Sicherheitskräfte über 5.000 palästinensische Wohnhäuser, hunderte Werkstätten, Fabriken, öffentliche Gebäude und andere Immobilien zerstört. Weite Gebiete kultivierten Landes wurden eingeebnet, Olivenhaine und Obstgärten gerodet, Gewächshäuser verwüstet und bepflanzte Felder dem Erdboden gleichgemacht. Zehntausende Palästinenser, darunter oft die ärmsten und am meisten benachteiligten, wurden obdachlos oder haben ihre Lebensgrundlage verloren. Die meisten abgerissenen Häuser waren von Flüchtlingsfamilien bewohnt, die ihre Heimat schon einmal verloren haben, als sie bei Gründung des Staates Israel 1948 und dem danach folgenden Krieg fliehen mussten. Zehntausende weiterer Häuser sind vom Abriss bedroht. Ihre Bewohner leben in ständiger Angst vor dem Verlust ihrer Wohnung. Gewöhnlich werden die Häuser ohne vorherige, deutliche oder ohne überhaupt eine Warnung abgerissen. Den Betroffenen bleibt nur selten Zeit, ihre Habseligkeiten in Sicherheit zu bringen.

In den meisten Fällen begründet Israel den Abriss mit "militärischen/sicherheitstechnischen Notwendigkeiten". Das ist aber eine überdehnte Interpretation des Begriffs, die den Regeln des internationalen, humanitären Völkerrechts nicht entspricht, wonach die Zerstörung von Grundeigentum verboten ist - bis auf eben jene Ausnahmefälle, in denen "wegen militärischer Operationen eine absolute Notwendigkeit dafür besteht".

Die umfangreichste Abrissaktion, die die israelische Armee je durchgeführt hat, fand im April 2002 im Flüchtlingslager Jenin im Nordwesten der Westbank statt. Innerhalb weniger Tage zerstörten israelische Streitkräfte das gesamte al-Hawashin-Viertel sowie zwei andere Bezirke des Lagers in Teilen. Über 800 Familien - rund 4.000 Menschen - wurden obdachlos. Armeesprecher erklärten, dass die Anwesenheit bewaffneter Mitglieder der palästinensischen Gruppen im Lager die Zerstörung rechtfertigte. Luftaufnahmen zeigten, dass die Aktion stattfand, als die Konfrontationen der israelischen Armee mit den bewaffneten Palästinensern schon vorüber waren.²⁷

In Rafah im südlichen Gazastreifen zerstörte die israelische Armee zwischen 2001 und 2005 über 2.000 Wohnhäuser. Über 10.000 Menschen wurden dadurch obdachlos. Die israelische Regierung behauptete, dass nur bestimmte Häuser gezielt abgerissen worden seien und zwar solche, die Palästinenser zum Beschuss israelischer Soldaten genutzt hatten oder um darin Schmugglertunnel zu graben. Oft war es jedoch so, dass Häuser gleich reihenweise zerstört wurden. Bei einer Abrissaktion im Mai 2004 ebnete die israelische Armee fast 300 Häuser auf einmal ein. Umfang und Muster der Zerstörungen lassen vermuten, dass eine Erweiterung der Pufferzone entlang der ägyptischen Grenze das eigentliche Ziel dieser Aktion war. Bestätigung hierfür findet sich auch in den Worten des Generalmajors Yom Tov Samiah in einem Interview mit dem israelischen Radio vom Januar 2002: "Auf beiden Seiten der Grenze müssen dreihundert Meter des Streifens evakuiert werden ... Dreihundert Meter, egal wie viele Häuser, Punkt."

Offizielle Vertreter der israelischen Armee bezeichnen die zerstörten Häuser routinemäßig als "verlassene Strukturen" und versuchen so, das Ausmaß der Zerstörung und deren Folgen für die dadurch obdachlos gewordenen Menschen herunterzuspielen.



Palästinenser durchsuchen die Trümmer eines Hauses, das bei einem israelischen Bombenangriff auf die Grenzstadt Rafah im Gazastreifen zerstört wurde, 21. September 2006

22 Israel and the Occupied Territories: Shielded from scrutiny - IDF violations in Jenin and Nablus (Vor prüfenden Einblicken bewahrt - Die Vergehen der IDF [Israelische Streitkräfte] in Jenin und Nablus) (MDE 15/143/2002)

Über Jahre hinweg besuchten Delegierte von amnesty international etliche der kurz zuvor abgerissenen Wohnhäuser. Der Anblick von noch mit Speisen gefüllten Kochtöpfen, halbvollen Soft Drink- oder Shampooflaschen, Zeitungen vom Vortag, zerborstenen Kühlschränken und Fernsehgeräten, Kleidungsstücken, Kinderspielzeug und Schulbüchern in den Trümmern sprach eindeutig gegen die Behauptung Israels, die Häuser seien vor dem Abriss "unbewohnt" oder "verlassen" gewesen.

Angeblich aufgrund "militärischer bzw. sicherheitstechnischer Notwendigkeiten" und um Platz für den Zaun/die Mauer zu schaffen, ebnet Israels Armee auch weite Areale landwirtschaftlicher Nutzflächen ein. Zehntausende ohnehin schon verarmte Palästinenser verlieren dadurch eine weitere, dringend benötigte Möglichkeit zur Sicherung ihres Unterhalts. Die Rodung Hunderttausender Oliven-, Zitrus- und anderer Bäume und die völlige Verwüstung von Fabriken, Werkstätten und Geschäften werden auch in den kommenden Jahren noch erhebliche wirtschaftliche Rückschläge bewirken.

In jüngster Vergangenheit, etwa seit Mitte des Jahres 2006, ging das israelische Militär dazu über, Palästinenser im Gazastreifen telefonisch zu warnen, wenn ihre Häuser bombardiert werden sollten, damit sie diese vorher räumen können. Hunderte Familien haben solche Anrufe erhalten. In vielen Fällen wurden die Häuser tatsächlich kurz nach Eingang des Telefonats durch die üblichen F16-Kampffjets der israelischen Luftwaffe bombardiert. Oft sind auch die angrenzenden Wohnhäuser teilweise zerstört und Nachbarn dabei getötet oder verletzt worden.

Häufig werden palästinensische Häuser auch deswegen abgerissen, weil ihre Eigentümer keine Baugenehmigung vorweisen können - in den letzten sechs Jahren sind in den besetzten Gebieten etwa 1.300 palästinensische Häuser wegen fehlender Baugenehmigungen abgerissen worden, rund 400 davon in Ostjerusalem. Diesen Abrissen liegt eine Kataster- und Planungs politik zugrunde, die palästinensische Grundstücksbesitzer diskriminiert. für Palästinenser in Ostjerusalem ist es nahezu unmöglich, eine Genehmigung zum Bau eines Wohnhauses auf ihrem eigenen Grundstück zu bekommen. Unterdessen werden auf palästinensischem Boden und über die gesamten besetzten Gebiete verteilt immer weiter neue jüdische Siedlungen errichtet und alte ausgebaut - internationalem Recht zum Trotz.

DIE ZERSTÖRUNG VON TANA

Im Juli 2005 ebnete die israelische Armee in der Ortschaft Tana nahe der Stadt Nablus rund 35 Stein- und Metallbauten oder -hütten ein. Vierzehn dieser Unterschlügel hatten den Ortsbewohnern als Behausung gedient; die restlichen waren als Futterspeicher oder Ställe für Schafe und Ziegen genutzt worden, die eine wichtige Lebensgrundlage des Dorfes sind. Auch ein Schulhaus, gebaut im Jahr 2001, und zwei Wasserspeicher wurden abgerissen. Zur Zerstörung des Wohngeländes nutzte die Armee die Abwesenheit der Dorfbewohner. Als Halbnomaden waren diese für die heißeren Monate des Jahres, Juli und August, ins nahegelegene Beit Furik gesiedelt. Als Grund für die Zerstöraktion wurde angegeben, dass die Gebäude ohne Genehmigung errichtet worden waren.

Ganze israelische Siedlungen, nicht bloß einzelne Gebäude, die in den besetzten Gebieten errichtet werden, erhalten zumeist nachträglich die Zustimmung der israelischen Behörden - ganz anders als im Umgang mit Palästinensern.

Gemäß dem behördlich als "Abriss zur Abschreckung" bekannten Verfahren sprengte die israelische Armee zwischen 2001 und 2005 über 650 Wohnhäuser. Dabei wurden die Wohnhäuser genau der palästinensischen Familien zerstört, von denen man wusste oder glaubte, dass sie in Angriffe auf Israelis verwickelt waren. Am 17. Februar 2005 verkündete der damalige Verteidigungsminister das Ende dieser strafweisen Hausabrisse. Das Verfahren wurde letzten Endes abgeschafft, weil es eher geeignet schien, Aggressionen zu schüren, als eine abschreckende Wirkung zu erzielen. Zudem stellt diese Vorgehensweise eine Form der Kollektivstrafe dar, die im internationalen, humanitären Völkerrecht ausdrücklich verboten ist.

11. Strafflosigkeit: Gerechtigkeit verweigert

Vor der aktuellen Intifada war die israelische Regierung den Fällen toter und verletzter Zivilisten in den besetzten Gebieten zumindest oberflächlich nachgegangen. Seit dem Jahr 2000 versäumten die israelischen Behörden jedoch routinemäßig, die Vorwürfe über illegale Tötungen und andere Vergehen gegen Palästinenser durch israelische Truppen oder Siedler zu prüfen. Die fehlenden Ermittlungen und das Versagen, hier Korrekturen vorzunehmen, untergraben die Rechtsstaatlichkeit und verweigern den Opfern jede Chance auf Gerechtigkeit.

In der Nähe des Kibbuz Mefalsim am Rande des Gazastreifens steht ein israelischer Soldat auf einem bewaffneten Truppentransporter, 25. November 2006



© MaanImages/ Moamar Awad

Die ausgedehnte Straflosigkeit ermutigt etwaige Täter obendrein zu weiteren Vergehen. Dies könnte auch die Aussichten auf eine friedliche Lösung des Konfliktes unterlaufen, weil Verbrechensopfer, denen der Weg über die Justiz verschlossen ist, sich entscheiden könnten, ihr Recht selbst in die Hand zu nehmen und Vergeltungsaktionen zu starten.

Israelische Soldaten haben tausende Palästinenser getötet, meist ohne jede gesetzliche Grundlage. Aber solchen Vorfällen wird nur selten gründlich nachgegangen. Noch seltener ist es, dass etwaige Untersuchungen dann zu einer strafrechtlichen Verfolgung der Täter führen. Gleichzeitig setzt die israelische Regierung äußerst extreme Mittel ein (inklusive Ermordungen, Kollektivstrafen, willkürliche Inhaftierungen und andere Handlungen, die allesamt gegen internationales Recht verstoßen), um diejenigen Palästinenser zu bestrafen, die Übergriffe auf Israelis unterstützen oder ausführen, oder die unter dem Verdacht stehen, in solche Aktivitäten verwickelt zu sein.

Wegen der Beteiligung an Angriffen auf Israelis oder der Unterstützung bewaffneter Gruppen sind zehntausende Palästinenser inhaftiert, tausende strafrechtlich belangt und zu lebenslänglichen Haftstrafen verurteilt worden. Derzeit sitzen rund 10.000 Palästinenser aufgrund solcher Anklagen in israelischen Gefängnissen ein.

In den wenigen Fällen, in denen israelische Behörden eine ordentliche Untersuchung zur Tötung von Palästinensern eingeleitet haben, verliefen die dann folgenden gerichtlichen Verfahren meist im Sande oder endeten in einem Strafmaß, das die Schwere der Tat nicht angemessen reflektierte. So wurde zum Beispiel im November 2005 ein israelischer Offizier, der im Oktober 2004 an der Tötung der 13-jährigen Iman al-Hams beteiligt gewesen war, von allen mit dem Vorfall verbundenen Vorwürfen freigesprochen. Das Mädchen war erschossen worden, als sie nahe an dem befestigten Armeeturm gegenüber ihrer Schule in Rafah im Gazastreifen vorbeiging.

ASMA UND AHMAD AL-MUGHAYR

Am Morgen des 18. Mai 2004 wurden mit nur wenigen Minuten Abstand die 16-jährige Asma al-Mughayr und ihr 13-jähriger Bruder Ahmad auf der Dachterrasse eines Hauses in Rafah erschossen. Beide Kinder starben durch jeweils einen einzigen Kopfschuss - Asma als sie die trockene Wäsche abhängen wollte und ihr Bruder Ahmad als er ihr zur Hilfe kam. Alle verfügbaren Informationen deuten darauf hin, dass die tödlichen Kugeln vom obersten Stockwerk eines Nachbarhauses, dem höchsten Gebäude der Gegend, kamen. Kurz bevor die Kinder erschossen wurden, hatten israelische Soldaten das Haus besetzt. Nach Aussage der Familie waren nur einzelne Gewehrschüsse zu hören. Der Junge rannte nach unten, um Hilfe für seine Schwester zu holen und wurde erschossen, als er auf die Terrasse zurückkam. Neben den Löchern, die die Soldaten als Schießscharten in die Wand des Hauses gestemmt hatten, lagen eine leere Munitionsbox, benutzte Patronenschachteln und die Reste von Lebensmittelrationen der israelischen Armee. Die Schießscharten gaben den ungehinderten Blick auf die Dachterrasse der Familie al-Mughayr frei. Diese Fakten wurden an die israelische Armee weitergeleitet. Ob jedoch eine Untersuchung eingeleitet wurde, ist nicht bekannt. Seitens der Armee wurden keine Anstrengungen unternommen, die Augenzeugenberichte der Familie einzuholen.

Laut einer armeeinternen Gesprächsaufzeichnung des Vorfalls hatte der Kommandant der Truppe befohlen, dass: "alles, was sich innerhalb der Zone bewegt, getötet werden muss, auch wenn es sich um ein dreijähriges Kind handelt". Weder der Kommandeur noch einer seiner Untergebenen wurden wegen des Mordes an dem Mädchen angeklagt. Nach Auffassung des Gerichts hat der Befehlshaber nicht gegen die Regeln zum Gebrauch von Schusswaffen verstoßen. Das Gericht konzentrierte sich vielmehr auf die Frage, ob der Mann sich falsch verhielt, als er noch mehrmals auf das am Boden liegende und verletzte oder tote Kind schoss. Wie auf dem Tonband zu hören, tat er dies, um "dessen Tod sicherzustellen". Der Fall war auch nur untersucht worden, weil ein Soldat wegen der Schüsse des Kommandanten auf das Mädchen Beschwerde eingelegt hatte.



amnesty international ist kein einziger Fall bekannt, in dem ein Angehöriger der israelischen Armee oder anderer israelischer Sicherheitskräfte wegen der Ermordung eines Palästinensers in den besetzten Gebieten juristisch belangt worden wäre. Selten einmal werden Soldaten wegen Totschlag oder für geringere Vergehen, wie z.B. für den "rechtswidrigen Gebrauch einer Waffe " oder aufgrund eines "unehrenhaften Verhaltens" verurteilt.

Einer dieser seltenen Fälle betraf den Tod eines britischen Staatsbürgers. Die Tatsache, dass es zu Ermittlungen kam und darauffolgend auch eine Gerichtsverhandlung stattfand, war offenbar vor allem den hartnäckigen Bemühungen der Familie des Toten zu verdanken, massiven internationalen Druck für eine gründliche Untersuchung des Falles aufzubauen. Das Opfer, der Student und Friedensaktivist Tom Hurndall, hatte im April 2003 eine Gruppe von Kindern in Gaza begleitet, als er von einem israelischen Scharfschützen in den Kopf geschossen wurde. Er starb im Januar 2004.

In ihrem ursprünglichen Bericht hatte die israelische Armee behauptet, dass es keinen Grund für eine Untersuchung gebe, weil Tom Hurndall Tarnkleidung getragen und ein Gewehr geschwenkt habe, als er starb. Aussagen von Augenzeugen und Videoaufnahmen konnten jedoch klar belegen, dass er eine leuchtend orange Jacke trug, die ihn eindeutig als Friedensaktivisten identifizierte. Damit waren diese Behauptungen als Lüge enttarnt und die Anschuldigungen mussten zurückgezogen werden.

An einem Militärkontrollpunkt in der Westbankstadt Hebron wird ein Palästinenser mit verbundenen Augen abgeführt, 26 September 2006

Letzten Endes wurde Taysir Hayb, ein Unteroffizier der israelischen Armee vor Gericht gestellt und im Jahr 2005 wegen Totschlag, Behinderung der Justiz, Falschaussage und unehrenhaftem Verhalten verurteilt. Seine Aussage, Befehle erhalten zu haben, die ihm erlaubten, auf unbewaffnete Zivilisten zu schießen, wurde nicht hinterfragt und seine Vorgesetzten wurden gerichtlich nicht belangt. Taysir Hayb erhielt acht Jahre Haft.

Israelische Siedler werden fast nie für Übergriffe auf Palästinenser und deren Eigentum oder auf israelische und internationale Menschenrechtler, die den Palästinensern helfen wollen, zur Rechenschaft gezogen. In den letzten Jahren haben diese Angriffe zugenommen. Israelische Armee und Polizei tun selten etwas, um Palästinenser oder selbst israelische Staatsbürger und internationale Unterstützer vor Siedlerattacken zu schützen. Diese über Jahre hinweg praktizierte Straflosigkeit hat die starke Zunahme solcher Vergehen befördert. Selbst wenn, was selten genug ist, ein Verfahren eröffnet und Beweise gesammelt werden, verfolgen die Sicherheitskräfte dies eher nicht weiter.

Einer dieser seltenen Fälle war der des israelischen Siedlers Yehoshua Elitzur, der im August 2005 für die Tötung des 46-jährigen Palästinensers Sayel Jabara verurteilt wurde. Obwohl Augenzeugen übereinstimmend berichteten, dass Yehoshua Elitzur ein M16-Sturmgewehr mit sich trug und den unbewaffneten Mann willkürlich und ohne einen offensichtlichen Grund erschoss, kam das Gericht zu dem Schluss, dass keine Beweise dafür vorlägen, dass er Sayel Jabara töten wollte. Er wurde wegen Totschlags, nicht wegen Mordes, verurteilt. Yehoshua Elitzur, der einen Tag nach seiner Festnahme schon wieder auf freiem Fuß war, ist nicht zur Urteilsverkündung bei Gericht erschienen. Dass er nach dem Urteil wieder inhaftiert worden wäre oder eine Haftstrafe verbüßt hätte, ist nicht bekannt.

WIEDERGUTMACHUNG VERWEIGERT

Die Straflosigkeit in der Praxis wird durch die Straflosigkeit in Recht und Gesetz unterfüttert. Der israelische Staat versagt nicht nur, wo es um die strafrechtliche Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen an Palästinensern geht. Durch entsprechende Gesetze schützt er sich selbst vor seiner Verantwortung als Staat in Zivilprozessen. Das Gesetz über von Staatsseite begangene, unerlaubte Handlungen (*Civil Torts Law* / Gesetz über die staatliche Verantwortung), das im Juni 2005 verabschiedet wurde, legt fest, dass Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen als "Bewohner einer Konfliktzone" gelten. Als solchen ist ihnen jeder Anspruch auf Wiedergutmachung für durch israelische Streitkräfte verursachte Todesfälle, Verletzungen oder Eigentumsschäden genommen. Das Gesetz gilt rückwirkend ab September 2000 - und zwar nur für die Palästinenser, nicht für die Israelis, die in den besetzten Gebieten leben. Die Klauseln dieses Gesetzes verstoßen gegen Israels Verbindlichkeiten aus internationalen Menschenrechtsverträgen, aufgrund derer den Opfern von Menschenrechtsverletzungen wirksamer Schadensbehelf zur Verfügung gestellt werden muss.

12. Israels Inhaftierung von Palästinensern

In den vergangenen sechs Jahren haben israelische Truppen Zehntausende von Palästinensern festgenommen. Rund 10.000 Palästinenser sitzen jetzt noch im Gefängnis, darunter solche, die schon vor über zehn Jahren verurteilt wurden. Die meisten Gefangenen sind für Sicherheitsvergehen, von Steinwürfen bis hin zu bewaffneten Übergriffen verhaftet worden - und leisten Gefängnisstrafen ab, die israelische Militärgerichte verhängen, deren Verfahren den internationalen Standards fairer gerichtlicher Prozesse nicht entsprechen. Die überwiegende Mehrheit der vor israelischen Militärgerichten verhandelten Fälle wird mittels Vereinbarungen entschieden - ein Hinweis darauf, dass Strafverteidiger wie Richter kaum auf faire Verfahren zu hoffen wagen.

Seit Oktober 2006 befinden sich über 600 Palästinenser in "Administrativhaft". Anhand dieses Verfahrens dürfen Gefangene ohne Anklage und ohne die Absicht, sie vor Gericht zu stellen, inhaftiert werden. Administrativhaft kann von israelischen Militärkommandanten für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten angeordnet und auf unbestimmte Zeit verlängert werden. Seit dem Jahr 2000 wurden Tausende von Palästinensern unter Administrativhaft gestellt, einige davon, gleich nachdem sie eine reguläre Gefängnisstrafe verbüßt hatten.

Bei einer Demonstration vor dem Hauptsitz des ICRC (Internationales Rot-Kreuz-Komitee) in Gaza-Stadt halten palästinensische Frauen die Bilder ihrer in Israel inhaftierten Verwandten hoch, 24. Juli 2006



© MaanImages/Wesam Saleh

‘ETAF ‘ALYAN IN HAFT: KEIN ENDE IN SICHT

Die 42-jährige ‘Etaf ‘Alyan leistet zur Zeit ihre dritte Administrativhaft in Folge ab. Am 22. Dezember 2005 war sie in ihrem Haus in der Westbankstadt Ramallah erstmals festgenommen worden und ist seitdem ohne Anklage oder gerichtlichen Prozess in Haft. Ende Oktober 2006 wurde ihr Administrativhaftbefehl um weitere drei Monate verlängert. Ihre Tochter ‘Aisha, die ab März 2006 bei ihr im Gefängnis lebte, wurde im September zwei Jahre alt. Nach israelischen Haftvorschriften ist es Kindern dieses Alters nicht erlaubt, bei ihren Müttern im Gefängnis zu bleiben. ‘Aisha wurde aus der Haftanstalt entfernt und nach Ramallah gebracht, wo sich jetzt ihre Großmutter um sie kümmert. ‘Etafs Ehemann Walid wird nach wie vor nicht das Recht zugestanden, seine Frau in der Haftanstalt zu besuchen. Alles in allem hat ‘Etaf ‘Alyan inzwischen über 11 Monate im Gefängnis verbracht.

Die Besuche von Familienangehörigen für palästinensische Gefangene unterliegen strengen Beschränkungen. In vielen Fällen sind Besuche auch nicht möglich, weil Angehörige keine Einreisegenehmigung für Israel erhalten, wo die Gefangenen inhaftiert sind. Der Staat Israel rechtfertigt die Anwendung der Administrativhaft mit dem Hinweis auf Artikel 78 der Vierten Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten, der eine Internierung geschützter Personen "aus übergeordneten Sicherheitsgründen" gestattet.

Die Art und Weise des Umgangs mit Administrativhäftlingen in Israel, einschließlich der Lage ihrer Unterbringungsorte und der Haftbedingungen, läuft allerdings nicht nur den internationalen Menschenrechtsstandards, sondern auch der Vierten Genfer Konvention zuwider.

Anstatt dieses Verfahren als außergewöhnliche und zielgerichtete Präventionsmaßnahme positiv zu nutzen, hat der Staat Israel das Konzept der Administrativhaft jahrelang missbraucht, um Menschen, von denen er glaubt, dass sie sich seinen Interessen entgegenstellen, ohne Anklage und ohne ein gerichtliches Verfahren zu bestrafen.

13. Zunehmende Gesetz- und Straflosigkeit in den Gebieten unter Verwaltung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA)

Die palästinensische Bevölkerung leidet unter dem Klima der Straflosigkeit, das von der Besatzungsmacht wie auch von der PA begünstigt wird. Im Gazastreifen und in jenen Gebieten der Westbank, die unter Jurisdiktion der PA stehen, versagt die Rechtsstaatlichkeit. Das führt bei internen Kämpfen der verschiedenen politischen Gruppierungen oder Familienfehden immer öfter zu Todesfällen unter den Palästinensern. Die Verbreitung von Schusswaffen hat stark zugenommen und deren rücksichtsloser Gebrauch stellt eine wachsende Gefahr für die Bevölkerung dar. Bewaffnete Gruppen entführen immer öfter palästinensische und ausländische Bürger und palästinensische Frauen sehen sich im Zusammenhang mit familiärer Gewalt kontinuierlichen Misshandlungen ausgesetzt.



Die Fraktionskämpfe sowohl innerhalb der PA und ihrer Sicherheitskräfte wie auch zwischen den politischen Fraktionen und bewaffneten Gruppen nahmen im Vorfeld der Parlamentswahlen 2005 zu und setzten sich 2006 noch fort, nachdem die Hamas im Januar die Wahlen gewonnen hatte. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der Sicherheitskräfte und den bewaffneten Gruppen, die sich gegenüber der neuen Hamas-Regierung loyal verhielten, oder jenen, die auf Seiten der bei der Wahl unterlegenen Fatah-Partei von Präsident Mahmoud Abbas standen, führten häufig auch zum Tod oder zur Verletzung unbeteiligter Passanten.

Die Zahl der Entführungen von Palästinensern und Bürgern anderer Staaten hat im Klima zunehmender Gesetzlosigkeit seit Ende 2004 stark zugenommen. Alle entführten Ausländer und die meisten Palästinenser wurden innerhalb von Tagen oder Stunden unverletzt freigelassen, teilweise im Austausch gegen geringfügige politische Zugeständnisse. Nur höchst selten werden Entführer strafrechtlich verfolgt.

Maskierte palästinensische Militante der al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden halten während einer Pressekonferenz in Rafah im südlichen Gazastreifen ihre Waffen, 30. November 2006

Solche Übergriffe sind eine Folge der Tatenlosigkeit der palästinensischen Polizei und Justiz, die selbst bei gravierenden und weitreichenden Verstößen gegen die Menschenrechte ein beständiges Versagen an den Tag legen, wo es darum geht, die Täter dingfest zu machen.

Durch Faktoren, die in der israelischen Besatzung liegen, sind die Mittel und Möglichkeiten der PA, ihre Aufgaben auf sozialem wie wirtschaftlichem Feld - also auch in puncto Sicherheit - zu erfüllen, stark eingeschränkt. Das ist jedoch nur eine Seite des Problems. Tatsächlich haben die Sicherheitskräfte der PA es nicht nur versäumt, den Tötungen, Entführungen und anderen Übergriffen durch bewaffnete Gruppen Einhalt zu gebieten und diesen vorzubeugen. Im Zuge willkürlicher Festnahmen, Folterungen und anderer Miss-handlungen von Gefangenen waren sie auch selbst direkt an verschiedensten Menschenrechtsverletzungen beteiligt. Die Justiz ist ihrerseits nicht willens oder in der Lage, die Urheber solcher Vergehen zur Rechenschaft zu ziehen und ermöglicht damit, dass sich die Straflosigkeit immer weiter und tiefer verfestigen kann.

Seit Beginn der Intifada sind über 100 palästinensische Zivilisten aufgrund des Verdachtes ermordet worden, bei der Tötung anderer Palästinenser mit der israelischen Armee kollaboriert zu haben. Die meisten dieser Morde wurden von bewaffneten Gruppen ausgeführt. Einige der Opfer wurden öffentlich gelyncht. Andere starben offenbar durch Folter im Gewahrsam der PA oder wurden „bei Fluchtversuchen“ getötet. Sind die Opfer als „Kollaborateure“ gebrandmarkt, so stellt dies normalerweise sicher, dass ihre Ermordung nicht bestraft wird. Die Stigmatisierung, die mit dem Begriff der Kollaboration verbunden ist, beinhaltet, dass die Familien der Opfer nur selten wagen, hier offen Kritik zu üben oder Beschwerde einzureichen. Angehörige, die dies dennoch tun, müssen gewöhnlich erfahren, dass die Institutionen der PA nicht bereit sind, Ermittlungen zu solchen Vorkommnissen einzuleiten.

Die Tatsache, dass einige dieser Morde am helllichten Tage und öffentlich von Leuten ausgeführt wurden, die sich nicht die Mühe machten, ihre Identität zu verbergen, zeigt, wie sicher sich die Mörder darüber waren, dass man sie nicht zur Rechenschaft ziehen würde.

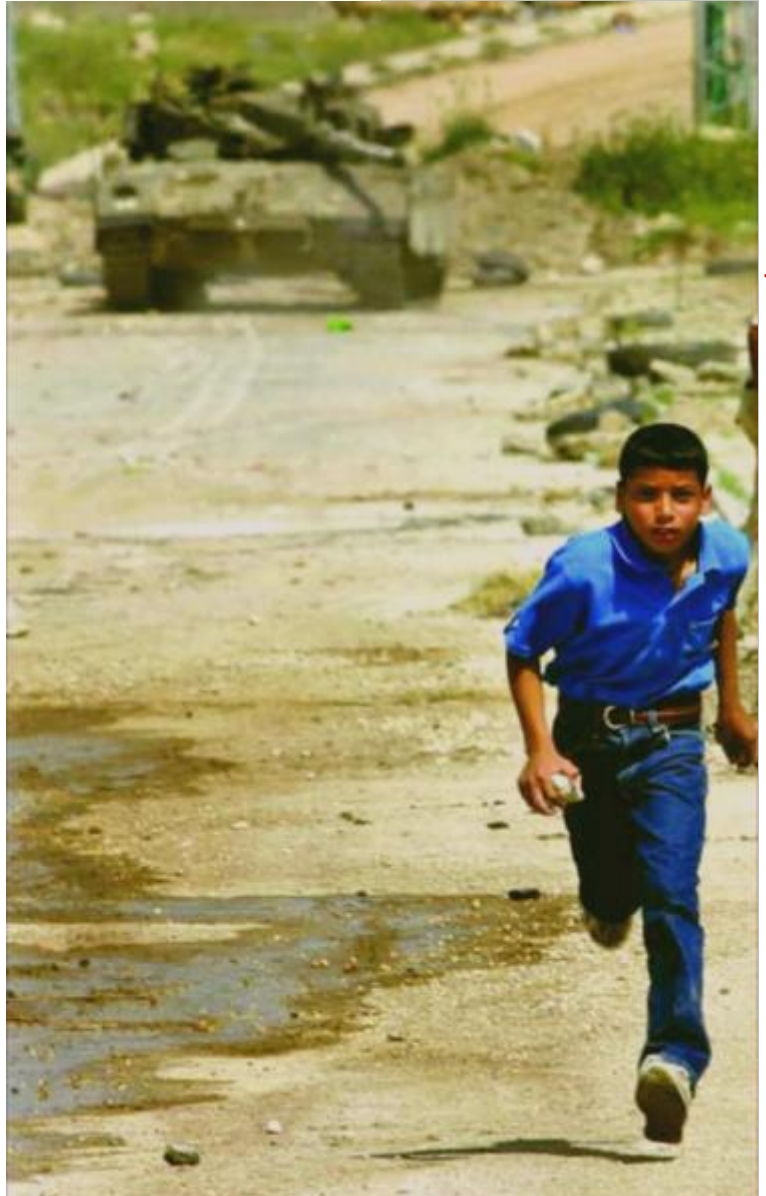
14. Auseinandergerissen: Zusammenführung von Familien verhindert

Im Jahr 2006 bestätigte der Oberste Israelische Gerichtshof das „Gesetz über die Staatsbürgerschaft und die Einreise nach Israel“, das es palästinensisch-israelischen Paaren unmöglich macht, gemeinsam in Israel zu leben. In der Praxis zwingt das Gesetz israelische Staatsbürgerinnen und -bürger, die mit Palästinenser/innen verheiratet sind, entweder ihre israelische Heimat zu verlassen oder aber dort zu bleiben und dafür getrennt von Ehepartner und Kindern zu leben.²⁸

Palästinenser, die mit israelischen Bürgern verheiratet sind, können durch dieses Gesetz weder die israelische Staatsbürgerschaft noch den ständigen oder einen zeitlich begrenzten Einwohnerstatus für den Staat Israel erhalten. Das bedeutet, dass sie praktisch überhaupt nicht nach Israel einreisen dürfen, nicht mal vorübergehend. Das Gesetz verhindert auch, dass in der Westbank oder im Gazastreifen geborene Kinder zu Vater oder Mutter nach Israel ziehen, wenn diese israelische Staatsbürger sind.

Israel verfolgt schon lange das strategische Ziel, die Zahl der Palästinenser, die in Israel und Ostjerusalem leben dürfen, zu begrenzen. Dieses Gesetz stellt einen weiteren Schritt in dieser Richtung dar. Schon seit einiger Zeit betreibt der israelische Staat eine Politik, die es den palästinensischen Bürgern und Einwohnern des Landes nahezu unmöglich macht, ihre Familien zusammenzuführen und mit ihren Ehepartnern und Kindern in ihrer israelischen Heimat zu leben. Zehntausende Palästinenser aus der Westbank und dem Gazastreifen sind über Jahre oder gar Jahrzehnte hinweg gezwungen, illegal bei ihren Ehepartnern in Israel und Ostjerusalem zu wohnen - ohne Krankenversicherung oder sonstigen sozialen Rückhalt - und in ständiger Angst, verhaftet, ausgewiesen und von ihren nächsten Angehörigen getrennt zu werden.

Die israelische Regierung rechtfertigt dieses Gesetz mit "Sicherheitsgründen" und behauptet, dass es darauf abziele, das potentielle Risiko von Angriffen durch Palästinenser innerhalb Israels zu vermindern. Israelische Minister und offizielle Regierungssprecher haben indes wiederholt verlauten lassen, dass der prozentuale Anteil palästinensischer Bürger an der israelischen Gesamtbevölkerung eine "demographische Bedrohung" und eine Gefahr für den jüdischen Charakter des Staates darstelle. Teilweise wurde sogar schon die Ausbürgerung der Palästinenser gefordert. Solche Überlegungen spielten denn wohl auch eine ausschlaggebende Rolle bei der Entscheidung, an einer Verordnung wie dieser festzuhalten, die das gesetzliche Regelwerk und die Praktiken ergänzt, die zur Diskriminierung palästinensischer Bürger in Israel und der Palästinenser in den besetzten Gebieten beitragen. In seiner Wirkung institutionalisiert dieses Gesetz eine rassistische Diskriminierung auf der Basis ethnischer oder nationaler Herkunft.



Ein palästinensischer Junge, der mit Steinen geworfen hatte, flieht als ein israelischer Panzer in den Randbezirken des Flüchtlingslagers Balata in Nablus im Westjordanland das Feuer eröffnet, 2003.

Anhand weiterer Richtlinien verweigert Israel auch den Palästinensern, die in den besetzten Gebieten leben, die Zusammenführung ihrer Familie, wenn sie mit Staatsbürgern anderer Länder verheiratet sind. Seit Beginn der Intifada erteilen die israelischen Behörden ausländischen Ehepartnern von Palästinensern keine Besuchs- oder Aufenthaltsvisa mehr. Mehr als 120.000 Anträge auf Familienzusammenführung sind einfach unbearbeitet liegengeblieben. Diese Politik des „Einfrierens“ hat viele tausend Familien in eine unfreiwillige Trennung gezwungen. Deshalb leben viele Ehepaare „illegal“ in der Westbank zusammen, bis der Staat Israel die Zusammenführung ihrer Familien amtlich bewilligt - ohne rechtlichen Status und ständig in der Gefahr, abgeschoben zu werden. Weil sie fürchten, nicht zurückkehren zu dürfen, trauen sich viele nicht einmal das Land für eine medizinische Behandlung zu verlassen. Manche, die ihre Familien im Ausland besuchten, ließen die israelischen Behörden nicht mehr einreisen. Sie leben nun teilweise schon seit Jahren von ihren Ehepartnern und Kindern getrennt.

15. Frauen und Konflikt

"Hier liegt der Punkt, an dem in den besetzten Gebieten zwei Systeme der Unterdrückung - Besetzung und Patriarchat - ineinandergreifen: angesichts der Besetzung unterwerfen sich Frauen dem Patriarchat."

Der UN-Sonderberichterstatter über die Gewalt gegen Frauen, ihre Ursachen und Folgen, Februar 2005

Palästinensische Frauen in der Westbank und im Gazastreifen sehen sich bei der Durchsetzung ihrer Rechte vor eine dreifache Herausforderung gestellt: als Palästinenserinnen leben sie unter einer Militärbesetzung, die jeden Aspekt ihres täglichen Lebens kontrolliert, als Frauen leben sie in einer Gesellschaft, die von patriarchalischen Traditionen bestimmt ist, und als nicht gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft unterliegen sie Gesetzen, die sie diskriminieren. Jahrzehnte israelischer Besetzung haben die Entwicklungschancen der palästinensischen Bevölkerung allgemein dramatisch beschnitten und dazu beigetragen dass Gewalt und Diskriminierung - gerade auch gegen palästinensische Frauen - zunehmen.

Von Beginn der Intifada an waren Frauen und Mädchen durch die von Israel verhängten Sperrungen und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit in besonderer Härte betroffen. Unter der Besetzung und dem Stress durch enge räumliche Verhältnisse, wo selbst entfernte Verwandte gezwungenermaßen oft tagelang in ein und dasselbe kleine Haus gepfercht sind, liegt das Risiko familiärer Gewalt und sexuellen Missbrauchs deutlich höher.

Das nie dagewesene Ausmaß der Armut und Arbeitslosigkeit und die verstärkte Militarisierung des Konflikts vertiefen die bestehenden Probleme der mangelnden Geschlechtergleichheit in der palästinensischen Gesellschaft. Institutionelle Schutzmechanismen sind dadurch geschwächt, dass Israels Armee große Teile des Sicherheitsapparates der PA und seiner Institutionen zerstört hat. Durch diese Tatsache, in Kombination mit den Sperrungen und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, ist es für Frauen und Mädchen schwer und oft unmöglich, sich in Sicherheit zu bringen, wenn ihnen droht, durch Familienmitglieder getötet oder verletzt zu werden. Diejenigen, die solche Verbrechen aufgrund der "Ehre" begehen, profitieren in den meisten Fällen von der Straflosigkeit, da die PA nicht willens oder in der Lage ist, sich mit solchen Problemen zu befassen.



Zusätzlich tragen die palästinensischen Frauen die Last des größten Teils der Pflege zehntausender Verletzter. Die steigende Armut, die unzureichende Ausstattung medizinischer Einrichtungen und die israelischen Blockaden, die den Zugang zu Krankenhäusern und Ärzten behindern, erschweren diese Aufgabe. Da es kein soziales Sicherungssystem gibt, müssen Tausende von Frauen, deren Männer getötet oder inhaftiert wurden, für ihren Lebensunterhalt auf die Hilfe von Verwandten oder karitativen Einrichtungen zurückgreifen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen liefert eine solche Abhängigkeit diese Frauen in besonderem Maß dem Druck und der Kontrolle der männlichen Verwandten aus, auf die sie und ihre Kinder zum Überleben angewiesen sind. Weder die israelischen noch die palästinensischen Behörden haben wirksame Schritte unternommen, um die Auswirkungen des Konfliktes auf die Frauen im Rahmen zu halten oder ihre Lage zu verbessern.

Aufenthalte und Blockaden an israelischen Checkpoints haben zu diversen Komplikationen für Frauen geführt, die medizinischer Hilfe bedürfen. In den ersten vier Jahren der Intifada mussten etliche Frauen ihre Kinder notgedrungen an israelischen Checkpoints zur Welt bringen, nachdem man ihnen die Durchfahrt verweigert hatte. Dutzende Babys und einige Frauen starben, weil medizinische Hilfe fehlte. Die Furcht, nicht rechtzeitig zur Geburt in die Klinik zu kommen, ist für schwangere palästinensische Frauen und ihre Familien überall in den besetzten Gebieten inzwischen ein Hauptgrund zur Sorge.

Palästinensische Frauen bei einer Demonstration vor dem UN-Büro in Gaza-Stadt, September 2004

Die bestehenden Gesetze diskriminieren Frauen und bieten den Opfern familiärer Gewalt nur wenig oder gar keinen Schutz. Palästinensische Polizei- und Justizbehörden zeigen sich oft unwillig oder sind ebenso oft auch nicht in der Lage, die Frauen zu beschützen oder deren Rechte durchzusetzen. Obwohl detaillierte Vergleichszahlen fehlen, nimmt man an, dass die "Ehrenmorde" in den besetzten Gebieten während der letzten sechs Jahre zugenommen haben. Eine Anzeige, Ermittlung und strafrechtliche Verfolgung ist in solchen Fällen selten.

Für palästinensische Frauen, die unter israelischer Besatzung leben, wird es immer schwieriger, sich mit Problemen familiärer Gewalt und Fragen der "Ehre" auseinanderzusetzen oder diese zu beklagen. Sie müssen den Vorwurf befürchten, in einer Zeit, in der das gesamte Volk mit erheblichen nationalen Problemen konfrontiert ist, auch noch einen Teil der Aufmerksamkeit auf ihre persönlichen Probleme zu ziehen.

Für Frauen und Mädchen, denen der Tod durch die eigene Familie droht, ist das Verlassen ihrer unmittelbaren Umgebung - und sei es nur für kurze Zeit - oft die einzig wirksame Lösung. Wie jedoch einer der Mitarbeiter einer Nichtregierungsorganisation gegenüber amnesty international erklärte: „In den letzten Jahren ist es sehr schwierig und manchmal unmöglich geworden, die Opfer zu erreichen und sie aus der Gefahrenzone zu bringen. Die militärischen Blockaden, Ausgangssperren und Checkpoints haben den Tod einiger Frauen bewirkt, die sonst leicht hätten gerettet werden können.“

16. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

In den vergangenen sechs Jahre haben die besetzten Gebieten eine Spirale der Gewalt, Armut und Verzweiflung erlebt, wobei auf beiden Seiten eine Verachtung der Menschenrechte zutage getreten ist. Die Aussicht auf eine gerechte und dauerhafte Lösung des Konflikts scheint in weiter Ferne zu liegen.

Die Ursachen der politischen Krise liegen teilweise in der fortgesetzten Missachtung der Menschenrechte, die die verschiedenen Friedensinitiativen bisher gekennzeichnet hat, aber auch im alltäglichen Gebaren der Konfliktparteien. amnesty international ruft alle Beteiligten - besonders die politischen Führer in Israel wie den besetzten Gebieten und gleichzeitig die internationale Gemeinschaft als solche - dazu auf, die notwendigen Schritte einzuleiten, um jene Strategien und Praktiken zu beenden, die Menschenrechtsverletzungen verursacht haben. Insbesondere appelliert sie an all jene, die über die Macht und die Autorität verfügen, wahre Führungsstärke zu zeigen, indem sie einen Friedensplan befördern, der die Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt und dadurch die Hoffnung auf eine gerechte und dauerhafte Lösung des Konfliktes bieten kann. Zudem darf keine Mühe gescheut werden, um zu gewährleisten, dass dieser Plan dann auch in die Realität umgesetzt wird.

amnesty international gibt die folgenden Empfehlungen ab:

An Israel:

- ▶ Beenden Sie den rücksichtslosen und unangemessenen Einsatz von Gewalt und stoppen Sie insbesondere sofort alle Bombardierungen aus der Luft und den Beschuss ziviler Gebiete.
- ▶ Beenden Sie Ihre Politik, Palästinenser, die der Beteiligung an Angriffen gegen Israelis verdächtigt werden, gezielt zu töten anstatt diese zu verhaften und strafrechtlich zu belangen.
- ▶ Beenden Sie die Strategie der Zerstörung von Wohnhäusern, Zivileigentum und ziviler Infrastruktur durch Luftangriffe oder mit anderen Mitteln sowie alle Formen der Kollektivstrafe.
- ▶ Beenden Sie das Regime der Sperrmaßnahmen in seiner gegenwärtigen Form sowie andere Formen der Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Menschen und Waren, die in einer kollektiven Bestrafung resultieren. Solche Einschränkungen dürfen nur verhängt werden, wenn sie absolut notwendig sind, um auf Sicherheitsrisiken zu reagieren, wenn sie nicht diskriminierend sind und wenn sie hinsichtlich ihrer Wirkung und Dauer der Verhältnismäßigkeit entsprechen.
- ▶ Stellen Sie die Errichtung des Zauns/ der Mauer innerhalb der Westbank, einschließlich Ost-Jerusalem ein, da dies zu dauerhaften Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Palästinenser und zur willkürlichen Zerstörung oder Enteignung ihres Grundeigentums führt. Eine solche Barriere sollte, wenn nötig, zwischen Israel und der Westbank errichtet werden.
- ▶ Stellen Sie sofort den Bau oder Ausbau israelischer Siedlungen und dazugehöriger Infrastruktur in den besetzten Gebieten ein. Unternehmen Sie dies als ersten Schritt zur Umsiedlung der in diesen Siedlungen lebenden israelischen Zivilisten und versorgen Sie letztere mit Entschädigungen.
- ▶ Garantieren Sie eine gründliche Untersuchung aller Anschuldigungen zu Übergriffen durch israelische Truppen und führen Sie jeden, der in fairen Prozessen für schuldig befunden wird, einer gerechten Strafe zu.

An die Palästinensische Autonomiebehörde:

- ▶ Ergreifen Sie wirksame Maßnahmen, um die Angriffe bewaffneter Gruppen gegen israelische Zivilisten zu verhindern. Unterbinden Sie insbesondere die Abfeuerung von Raketen aus dem Gazastreifen auf Israel und die Selbstmordattentate.
- ▶ Ergreifen Sie wirksame Maßnahmen, um die Gewalttätigkeiten zwischen palästinensischen Gruppen zu beenden, die zur Tötung und Verletzung von Zivilisten, darunter Kinder und andere Unbeteiligte, geführt haben.

- ▶ Stellen Sie sicher, dass Vorwürfe über Vergehen, die in den Gebieten unter der Gerichtsbarkeit der PA verübt worden sein sollen, ordnungsgemäß untersucht werden und dass die für solche Taten verantwortlich Befundenen in fairen gerichtlichen Verfahren - unter Ausschluss der Todesstrafe - zur Rechenschaft gezogen werden.

An die internationale Gemeinschaft:

- ▶ Richten Sie eine wirksame, internationale Institution zur Beobachtung der Menschenrechtslage in ganz Israel und den besetzten Gebieten ein, die die Erfüllung der jeweiligen internationalen Rechtsverbindlichkeiten der einzelnen Parteien überwacht. Berichten Sie öffentlich darüber und empfehlen Sie Verbesserungsmaßnahmen, die von den Konfliktparteien, von anderen Ländern oder internationalen Organisationen umzusetzen sind.
- ▶ Gewährleisten Sie die Verantwortlichkeit beider Parteien bei der Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten nach internationalen Menschen- und humanitären Völkerrechten. Führen Sie Untersuchungen durch und stellen Sie - in Ausübung der Allgemeinen Gerichtsbarkeit - die für Kriegsverbrechen und andere Verstöße gegen internationales Recht verantwortlichen Personen vor Gericht, wo diese greifbar sind.
- ▶ Stellen Sie sicher, dass die Besatzungsmacht ihre Verpflichtung erfüllt, den Schutz und das Wohlergehen der palästinensischen Bevölkerung zu gewährleisten, und davon Abstand nimmt, Sanktionen zu verhängen, die die Bereitstellung humanitärer Hilfen an die palästinensische Bevölkerung beeinträchtigen. Die internationale Gemeinschaft und die Geberstaaten, die der PA humanitäre Hilfen zur Verfügung stellen, insbesondere die USA und die Länder der EU, sollten unverzüglich Schritte einleiten, um die schädlichen Auswirkungen der Aussetzung ihrer Geldleistungen auf die Lage der Menschenrechte möglichst gering zu halten. Sie müssen dafür Sorge tragen, dass die zur Wahrnehmung fundamentaler Menschenrechte unverzichtbare Notfallhilfe, niemals als Gegenstand von Verhandlungen zur Beförderung politischer Ziele benutzt wird.
- ▶ Stellen Sie unverzüglich den Verkauf oder Transfer von Waffen an alle Parteien ein, und zwar so lange bis die Garantien dafür gewährleistet sind, dass dererlei Rüstzeug nicht zur Verletzung der Menschenrechte und des internationalen humanitären Völkerrechts verwendet wird.
- ▶ Stellen Sie sicher, dass jedweder Friedensprozess konkrete Bestimmungen enthält, die sich den grundlegenden Menschenrechtsfragen im Zentrum des Konflikts widmen, inklusive der Entfernung israelischer Siedlungen aus den besetzten Gebieten, des Abbaus des Zauns/der Mauer innerhalb der Westbank, der Beendigung der Sperrmaßnahmen und - auf lange Sicht - einer fairen Lösung der Flüchtlingsfrage.



OB ES SICH UM EINEN VIELBEACHTETEN KONFIKT ODER EINEN VERGESSENEN WINKEL DES GLOBUS HANDELT, AMNESTY INTERNATIONAL SETZT SICH FÜR DIE GERECHTIGKEIT UND FREIHEIT ALLER EIN UND BÜNDELT DIE ÖFFENTLICHE UNTERSTÜTZUNG IM RINGEN UM EINE BESSERE WELT.

WAS KÖNNEN SIE TUN?

- Treten Sie amnesty international bei und werden Sie Teil einer weltweiten Bewegung, die sich dafür einsetzt, dass Menschenrechtsverletzungen ein Ende finden. Helfen Sie uns, wirklich etwas zu erreichen.
- Spenden Sie, um die Arbeit von amnesty international zu unterstützen.

Aktivisten auf der ganzen Welt haben gezeigt, dass es möglich ist, den gefährlichen Zwängen, die die Menschenrechte unterminieren, zu widerstehen. Werden Sie ein Teil dieser Bewegung. Kämpfen Sie gegen diejenigen, die Angst und Hass verbreiten. Kommen Sie zu amnesty international.

Gemeinsam können wir unseren Stimmen Gehör verschaffen.

ICH WILL HELFEN

- Ich bin an weiteren Informationen über eine Mitgliedschaft bei amnesty international interessiert

Name

Adresse

Land

Email

- Ich möchte eine Spende an amnesty international richten.

Betrag

Bitte belasten Sie meine Kreditkarte.

Visa Mastercard

Nummer

gültig bis

Unterschrift

Bitte senden Sie dieses Formular an die amnesty-international-Vertretung Ihres Landes. Falls es in Ihrem Land kein amnesty international Büro gibt, schicken Sie das Formular bitte an:

Amnesty International
International Secretariat
Peter Benenson House
1 Easton Street
London WC1X 0DW
United Kingdom

(Weisen Sie etwaige Spenden bitte in UK £, US\$ oder € an.)

www.amnesty.org





Israel und die Besetzten Gebiete Strasse nach Nirgendwo

Dezember 2006
AI-Index MDE 15/093/2006

 **amnesty
international**